

Abschied vom Osten?

Die Linke nach der Bundestagswahl 2017

Jürgen P. Lang

Abschied vom Osten?
Die Linke nach der
Bundestagswahl 2017

Jürgen P. Lang

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach,

klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-450-8

Inhalt

1. Die Linke und Bundestagswahlen	5
2. Wähler und Gewählte	15
3. Wahlprogramm, Wahlstrategie, Wahlkampf	32
4. Die Linke im Parteiensystem	41
5. Herausforderungen	56
6. Literaturverzeichnis	59
Der Autor	67
Reihenübersicht	68

1. Die Linke und Bundestagswahlen

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 stellte Die Linke vor Rätsel. Mit 9,2 Prozent der Zweitstimmen gewann sie gegenüber 2013 um 0,6 Punkte hinzu. Im neuen Sechs-Fraktionen-Parlament profitierte sie von den Einbußen von Union und SPD jedoch nur wenig. Sie verlor ihre Position als stärkste oppositionelle Kraft im Bundestag. Im Rennen um Platz drei unterlag Die Linke den Neu- bzw. Wiedereinsteigern AfD (12,6 Prozent) und FDP (10,7 Prozent) deutlich und konnte lediglich die Grünen (8,9 Prozent) knapp schlagen. Die Position der Partei im Bundestag ist trotz des Stimmenzuwachses geschwächt. Was für Die Linke schwerer wiegen dürfte: Die Partei büßte den Status als erste Adresse der Protestwähler ein. Sie verlor ausgerechnet in ihrem „Milieugebiet“, den neuen Bundesländern. Dort erwuchs ihr vonseiten der AfD eine Konkurrenz, deren aggressivem Populismus Die Linke nichts entgegenzusetzen konnte und wollte, was parteiintern eine heftige Debatte über die richtige Wahlstrategie entfachte.

Im einst einträglichen Kampf um antiwestlich, antiliberal, ja antidemokratisch eingestellte Wähler im Osten Deutschlands (Neu 2003, Gerth 2003) ist sie der Kraft am anderen Ende des politischen Spektrums unterlegen – offenkundig zurückgestutzt auf ihre ideologiefeste Kernwählerschaft. Wie weggeweht ist der Flugsand der Proteststimmen, der sich immer wieder bei der Linken angesammelt hatte. Dass die AfD zudem das Lager der Nichtwähler weitaus gründlicher leerte als es Die Linke jemals vermochte, liegt an deren Charakter: Die Linke und ihre Vorgängerin PDS waren und sind im Wesentlichen Weltanschauungs- oder Ideologieparteien. Das setzte – wie im Wahlkampf 2017 deutlich wurde – einer konsequent populistischen, auf Gewinn und Erhalt der Stimmen der Enttäuschten zielenden Strategie enge Grenzen. Dass der ideologische Kern der Linken den Werte- und Prinzipienkanon des demokratischen Verfassungsstaates verlässt, dürfte dagegen bei der Wahlentscheidung für oder gegen die Partei eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben: Weder Protest- noch Stammwähler scheren sich um extremistische Haltungen. Allerdings verhinderten diese Attitüden alle Anläufe, das in den ostdeutschen Ländern erprobte rot-rote Regierungsmodell unter Ein-

schluss der Grünen auf den Bund zu übertragen, bereits im Ansatz. Ob die Wähler eine solche Perspektive mit Stimmen für Die Linke goutiert hätten, darf ohnehin bezweifelt werden. Die viel bemühte „linke Mehrheit“ war meist nicht mehr als ein Rechenspiel, 2017 kam sie gar nicht zustande. Die einzige Machtperspektive der Linken hat sich damit bis auf Weiteres erledigt. Auf diese Aspekte möchte dieser Beitrag eingehen – nach der Analyse der Wahlen, der Wähler und der Gewählten.

Das altersbedingte Abschmelzen des Stammmilieus dürfte dazu beigetragen haben, dass die Partei – lässt man die für die damalige PDS außergewöhnlichen Wahlen 1990 und 2002 unberücksichtigt – im Osten ihr schlechtestes Zweistimmenergebnis eingefahren hat (Tabelle 1). Gleichzeitig reüssierte sie im Westen und kehrte den Negativtrend um, der in den alten Bundesländern seit dem Lafontaine-Effekt der Jahre 2005 bis 2010 eingesetzt und sich zwischenzeitlich in den Ergebnissen bei Landtagwahlen niedergeschlagen hatte. Vor dem 24. September 2017 erwartete niemand ernsthaft 7,2 Prozent im Westen. Bei den Landtagwahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hatte Die Linke zuletzt so schlecht abgeschnitten, dass sie den Wiedereinzug in die Parlamente verpasste.

Tabelle 1: Ergebnisse der PDS, Linkspartei.PDS bzw. der Linken bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2017 (Zweitstimmen in Prozent)

	Gesamt	Ost	West
1990	2,4	11,1	0,3
1994	4,4	19,8	0,9
1998	5,1	21,6	1,2
2002	4,0	16,9	1,1
2005	8,7	25,3	4,9
2009	11,9	28,5	8,3
2013	8,6	21,2	5,4
2017	9,2	17,3	7,2

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Tabelle 2 zeigt die zunächst parallele, dann gegenläufige Entwicklung des Zweitstimmenanteils in den östlichen und westlichen Ländern bei den letzten vier Bundestagswahlen. Der Wahlpakt mit der westdeutschen Kleinpartei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative und die Fusion im Jahr 2007 katapultierten die Linkspartei.PDS 2005 bzw. Die Linke 2009 im Westen (mit zwei anfänglichen Ausnahmen) über die Fünf-Prozent-Grenze. Von der Vereinigungseuphorie profitierte die Partei auch im Osten und fuhr dort Rekordergebnisse ein. Der deutliche Stimmenrückgang West wie Ost im Jahr 2013 gab Wahlforschern Recht, die die Erfolge vier Jahre zuvor dem sogenannten Lafontaine-Effekt zugeschrieben hatten. Der charismatische Co-Vorsitzende hatte sich 2010 von den Spitzen der Bundestagsfraktion und der Partei zurückgezogen. Die Linke schien bei den Wahlen 2013 wieder auf ihr Normalmaß zurechtgestutzt

worden zu sein. Umso mehr überrascht nun der Zugewinn im Westen, umso enttäuschender sind für die Partei die Verluste im Osten. Dabei hatte die alte PDS genau dieses Szenario vor Augen, als sie die Gelegenheit am Schopf packte und mit der WASG fusionierte. Der damals befürchtete Abschwung im Osten sollte mit dem Aufschwung im Westen kompensiert werden. Die dortigen Zugewinne reichten 2017 zwar aus, das Ergebnis insgesamt zu verbessern, aber auch in den alten Ländern musste Die Linke hinter der AfD zurückstecken.

Tabelle 2: Ergebnisse der Linkspartei.PDS bzw. der Linken bei den Bundestagswahlen 2009 bis 2017 in den Ländern (Zweitstimmen in Prozent)

	2005	2009	2013	2017
Baden-Württemberg	3,8	7,2	4,9	6,4
Bayern	3,4	6,5	3,8	6,1
Berlin	16,4	20,2	12,6	12,4
Brandenburg	26,6	28,5	22,5	17,2
Bremen	8,4	14,2	10,1	13,5
Hamburg	6,3	11,2	8,8	12,2
Hessen	5,3	8,5	6,0	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	23,7	29,0	21,5	17,8
Niedersachsen	4,3	8,6	5,0	6,9
Nordrhein-Westfalen	5,2	8,4	6,2	7,5

	2005	2009	2013	2017
Rheinland-Pfalz	5,6	9,4	5,4	6,8
Saarland	18,5	21,2	10,0	12,9
Sachsen	22,8	24,5	20,0	16,1
Sachsen-Anhalt	26,6	32,4	24,0	17,8
Schleswig-Holstein	4,6	7,9	5,2	7,3
Thüringen	26,1	28,8	23,5	16,9

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.
„Neue“ Bundesländer schraffiert.

Die Frage, aus welchem Milieu die neuen West-Wähler der Linken stammten, ist nicht leicht zu beantworten. Dass es sich weniger um Proteststimmen handelt, liegt nahe, bedarf aber einer genaueren Analyse. Allerdings ist die Treue der westdeutschen Neuwähler möglicherweise begrenzt, blickt man auf die Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017. Hatte Die Linke bei der Bundestagswahl dort noch 6,9 Prozent erzielt, waren es drei Wochen später nur noch 4,6 Prozent. Dennoch: Die Partei ist insgesamt, wenn auch nicht nachhaltig, in Milieus vorgestoßen, die nichts mit der gewohnten Wählerschaft zu tun haben (Kahrs 2017: 4). Sollte das stimmen, hätte Die Linke im Bund den falschen Wahlkampf geführt. Offenkundig hat sie sich inhaltlich, wahltaktisch und machtstrategisch in eine Sackgasse manövriert – das ist der Grund für die interne Interpretation des Wahlergebnisses als Niederlage.

Die Geschichte der Partei im Spiegel der Bundestagswahlen ist eine Geschichte solcher Sackgassen-Erfahrungen, aber auch eine von unerwarteten Auswegen. In die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen

1990 startete die SED-Nachfolgepartei PDS mit 2,4 Prozent (11,0 im Osten, 0,3 im Westen) so schwach, dass praktisch alle Beobachter ihr baldiges Ende voraussagten, die vorübergehende Experimentierfreudigkeit der Wähler im Osten angesichts einer breiten Palette an wählbaren Parteien jedoch nicht ins Kalkül zogen. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hatte die PDS gegenüber der letzten Volkskammerwahl beinahe jeden dritten Wähler verloren. Sie zog aufgrund einer Ausnahmeregelung dennoch ins Parlament ein. Das Bundesverfassungsgericht hatte zwei getrennte Wahlgebiete für die alten und neuen Länder vorgeschrieben. Dort schaffte die Partei den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

Im „Superwahljahr“ 1994 verdoppelte die PDS ihren Stimmanteil beinahe und kam auf 4,4 Prozent. Erneut umging sie die Sperrklausel, diesmal aufgrund des Gewinns dreier Direktmandate im Osten Berlins. Die Partei genoss jedoch nicht die vollen Rechte einer Fraktion. Die 19,8 Prozent in den neuen Bundesländern waren Ausdruck spezifisch ostdeutscher Wählermotive, einer „Mischung aus Ideologie, Nostalgie und Protest“ (Falter und Kein 1994: 34). Allseits unerwartete Wahlerfolge bei den Landtagswahlen im Osten etablierten die PDS als Machtfaktor, während die Partei im Westen eine kaum wahrnehmbare Größe blieb. Überlegungen, die PDS zu einer reinen Ostpartei umzubauen, versprühten deshalb einen gewissen Charme. Weitsichtigere Parteistrategen sahen darin allerdings kein Zukunftsmodell. Die PDS-Fraktionen in den Ost-Landtagen und in Berlin traten im Laufe der Zeit meist als verlässliche Kraft auf und verhalfen der Partei zu Regierungsfähigkeit. Bis auf Sachsen waren die PDS bzw. Die Linke inzwischen in jedem ostdeutschen Bundesland einschließlich Berlins direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt: Mecklenburg-Vorpommern 1998–2006; Sachsen-Anhalt 1994–2002 (Tolerierung); Berlin 2001–2011 und wieder seit 2016; Brandenburg seit 2009. In Thüringen stellt Die Linke seit 2014 mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten. Bereits in den Koalitionsverhandlungen hatte die Partei beizeiten programmatische Grundsätze – zum Beispiel die NATO-Gegnerschaft oder die Rechtfertigung des Mauerbaus – über Bord geworfen. An der Regierung gab sie sich pragmatisch, was zu Konflikten

mit der in sozialistischen Strategien denkenden Parteizentrale führte. Vor allem die keineswegs einflusslosen orthodoxen Kommunisten in PDS und später der Linken wollten eine Regierungsbeteiligung allenfalls unter Ausschluss programmatischer Kollateralschäden mitmachen. Ihnen schien der Effekt Recht zu geben, dass die Partei in den neuen Bundesländern Stimmen wieder verlor, die ihr zuvor an die Regierung verholten hatten.

Die Bundestagswahl 1998 zeigte: die Partei hatte mit ihrer Ost-Strategie mittelfristig aufs richtige Pferd gesetzt. Mit 5,1 Prozent überwand „Gysis bunte Truppe“ zum ersten Mal die Fünf-Prozent-Hürde, wenn auch knapp. 21,6 Prozent im Osten standen kaum nennenswerte 1,2 Prozent im Westen gegenüber.

„Als Sprachrohr des Ostens musste die PDS in ihrer populistischen Argumentation auf den Westen keine Rücksichten nehmen, und im Wahlkampf warb sie ganz bewusst darum, künftig ‚ostdeutsche Erfahrungen‘ stärker in die Politik einzubeziehen“ (Jesse und Lang 2012: 175).

Ebenso unerwartet wie die vorangegangenen Erfolge kam das Debakel bei der Bundestagswahl 2002. Die PDS scheiterte mit 4,0 Prozent deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde und war nur noch mit zwei Abgeordneten im Bundestag präsent: Einzig Petra Pau und Gesine Löttsch war es gelungen, Direktmandate zu erobern. Die PDS wurde auf ihre Stammklientel des Jahres 1990 – die ehemalige Dienstklasse der DDR – zurückgeworfen und verlor selbst dort. Diese Niederlage stürzte die Partei in ihre bis dahin tiefste Krise. Dabei hatten die Chancen vor der Abstimmung nicht schlecht gestanden. Verschiedene Faktoren verhinderten jedoch den Wiedereinzug einer PDS-Fraktion ins Parlament. Auf manche, wie die entschiedene Ablehnung des Irakkrieges durch Kanzler Gerhard Schröder, die ihr ein wichtiges Wahlkampfthema nahm, hatte die Partei keinen Einfluss. Auf andere schon. So hatte die PDS hauptsächlich gegen Schröder-Herausforderer Edmund Stoiber Front gemacht und auf diese Weise unfreiwillig Wahlkampfhilfe für die Regierungsparteien SPD und Grüne geleistet (Lang 2010: 260).

Wahlniederlagen waren stets Hochzeiten der Orthodoxen in der PDS. Der denkwürdige Parteitag in Gera 2002 verarbeitete das Desaster auf deren Art und zeigte, auf welch dünnem Eis die programmatische und institutionelle Dominanz der Reformer in der Partei stand: Vorübergehend befand sich anschließend kein einziger von ihnen in den Führungsgremien. Zudem legten die Delegierten die Partei auf Antrag der Kommunisten auf einen strikten Oppositionskurs fest – aus Sicht der Reformer erst Recht ein Weg in den Untergang. Ein Strategiepapier des führenden PDS-Ideologen Michael Brie blickte damals weiter. Es empfahl den Aufbau einer gesamtdeutschen linken „parteilpolitischen Formation“ jenseits von SPD und Grünen. Brie nannte das Projekt „PDS plus“. Die Partei solle ein „programmatisches und personelles Bündnis“ unter anderem mit linken Gewerkschaftern anstreben (Brie 2003). Doch als 2004 die WASG von SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern gegründet wurde, die von dem aus ihrer Sicht „neoliberalen“ Kurs der Sozialdemokraten enttäuscht waren, war von Fusionseuphorie lange nichts zu spüren. Es bedurfte erst eines besonderen Ereignisses. Im Mai 2005 trat die WASG in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal zu Landtagswahlen an, wurde jedoch mit 2,2 Prozent ihren hochgesteckten Zielen nicht gerecht. Die PDS schnitt mit 0,9 Prozent noch schlechter ab. Es war jene für die SPD verheerende Abstimmung, nach der Bundeskanzler Schröder die Notbremse zog und ankündigte, die Bundestagswahlen um ein Jahr vorziehen zu wollen. Als der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine seine Partei verließ und sich zusammen mit seinem politischen Freund, dem damaligen PDS-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi als Spitzenkandidat eines neuen Linksbündnisses zur Verfügung stellte, brach das Eis. Die PDS änderte auf Druck der WASG ihren Namen in *Linkspartei* (das Ost-Image sollte mit diesem Etikettenwechsel in den Hintergrund rücken) und öffnete ihre Listen zur Bundestagswahl für Mitglieder der neuen Kraft aus dem Westen. Auf diese Weise feierte sie ihren bis dahin größten Sieg auf Bundesebene. 2005 legten die 8,7 Prozent den Grundstein zu einem Siegeszug, der sich mit der im Juni 2007 pompös inszenierten Fusion zur Partei Die Linke Bahn brach.

Den Stoiber-Fauxpas beging sie diesmal nicht. Mit einem dezidiert gegen Rot-Grün gerichteten Anti-„Hartz IV“-Wahlkampf, Oskar Lafontaine an der Spitze und den WASG-Funktionären auf den Listen, konnte die Linkspartei ihr Wahlergebnis gegenüber dem Desaster von 2002 mehr als verdoppeln. Etwa ein Drittel der 54 Abgeordneten in der ersten „Linksfraktion“ kam über die WASG in den Bundestag. Sowohl in den neuen (25,3 Prozent) als auch den alten Bundesländern (4,9 Prozent) erzielte sie Rekordwerte; dort vervierfachte sie ihren Stimmenanteil sogar. Das Ost-West-Gefälle blieb dennoch steil. Es gelang der Linkspartei jedoch, in bislang unerreichte Wählerschichten vorzustoßen, wobei sie vor allem von Stimmen ehemaliger SPD-Anhänger profitierte. Etwa eine Million Wähler gaben die Sozialdemokraten im Saldo an die Sozialisten ab (Neu 2006: 16), 430.000 Stimmen erhielt die Linkspartei trotz der gesunkenen Wahlbeteiligung aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler. Wahlanalysen zeigen, dass neben dem zum ersten Mal intensiv gesetzten Wahlkampfthema „soziale Gerechtigkeit“ die Person des Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine entscheidend zum Erfolg beigetragen hat (Schoen und Falter 2005: 39). Es liegt auf der Hand, dass ein Gutteil der Bürger, die der Kraft links von der SPD ihre Stimme gaben, nicht „PDS“ gewählt hat, sondern eine Partei, die es damals als solche noch gar nicht gab.

Begünstigt durch die bei den Wählern eher ungeliebte Große Koalition – Union und SPD ließen schon damals zugunsten der kleineren Parteien Federn – steigerte sich die Partei als Die Linke 2009 weiter. Sie vereinte 11,9 Prozent der Stimmen hinter sich (28,5 Prozent im Osten, 8,3 Prozent im Westen). Der Erfolg in den alten Ländern – nahezu eine Verdopplung gegenüber dem Ergebnis von 2005 – war erneut „untrennbar mit dem Namen Oskar Lafontaine verbunden“ (Hilmer 2010: 164). Nicht zuletzt seinem Populismus verdankte die Partei den Einbruch ins sozialdemokratische Wählerreservoir. Dazu trug ein radikales Wahlprogramm mit prononciert antikapitalistischer Note bei, das unter anderem die Abschaffung von „Hartz IV“ verlangte. Der Wahlkampf setzte fast ausschließlich auf sozialen Protest (Lang 2010: 274) und beschleunigte einen deutlichen Wandel in der Wählerschaft, der bereits vier Jahre zuvor

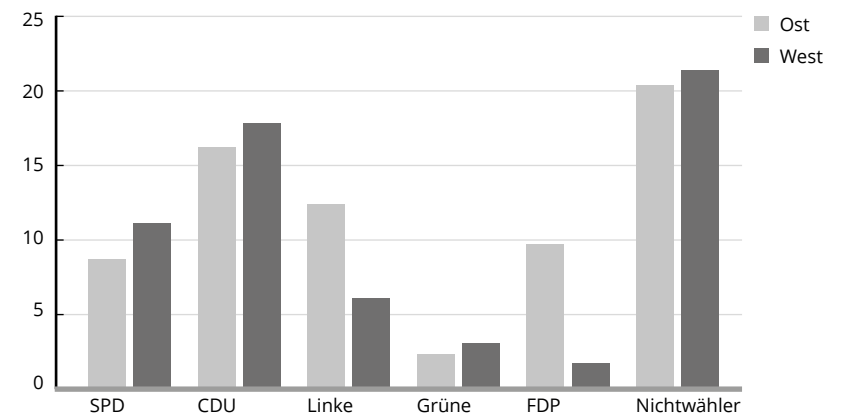
eingesetzt hatte (Niedermayer 2006). Waren die Wähler der alten PDS keineswegs die sozial oder materiell Benachteiligten (auch wenn sie es anders empfunden haben mochten), vereinte Die Linke nun genau diese Klientel auf sich. Sie mutierte zu einer Partei der Arbeiter (vornehmlich mit gewerkschaftlichem Engagement) und der Arbeitslosen bzw. des sogenannten „abgehängten Prekariats“. Lebte die PDS vom Ost-West-Cleavage, profitierte Die Linke nun von einem Oben-Unten-Cleavage.

Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die Partei nicht mehr auf den Lafontaine-Effekt bauen. Das tauchte den doch recht deutlichen Einbruch auf 8,6 Prozent in milderem Licht. Positiv schlug auch zu Buche, dass der rapide Abwärtstrend bei den Landtagswahlen der vorangegangenen Jahre keine Parallele fand. Hellhörig machten die Bilanzen zur Wählerwanderung: Die Linke gab im Saldo 370.000 Stimmen an die SPD zurück und beachtliche 340.000 an den Newcomer AfD, der es gleichwohl nicht in den Bundestags schaffte. Bereits hier zeichnete sich ab, dass ein wesentlicher Teil der Wählerschaft „stark von Protestmotiven geleitet“ ist (Jesse 2014: 245) und die Partei sich schwer damit tut, diese Klientel dauerhaft zu halten. 2017 schritt diese Erosion fort – bei gleichzeitiger Verschiebung der Wählerschaft weg von den sozial Benachteiligten.

2. Wähler und Gewählte

2017 war Die Linke mit einem neuerlichen Wandel ihrer Wählerschaft konfrontiert. Die Anhänger wurden jünger, sozial bessergestellt, urbaner und westlicher – irgendwie „moderner“, um diesen gerne verwendeten, weil elastischeren Begriff zu bemühen. Mit sozialem Protest, der Die Linke seit 2005 pushte, hat das auf den ersten Blick wenig zu tun. Die Wahrheit ist allerdings weniger schlicht. Nimmt man die Wählerwanderungen in jüngster Zeit in den Fokus, fällt ein stetiger Transfer von der Linken zur AfD auf.

Abbildung 1: Herkunft der AfD-Stimmen im Durchschnitt von acht Landtagswahlen

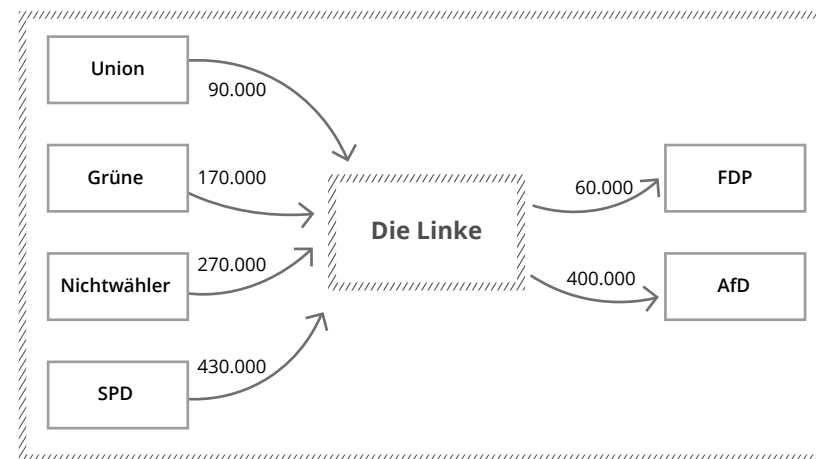


Quelle: Schroeder, Weßels, Neusser und Berzel (2017: 8). Stand: Juni 2017. Herkunft der AfD-Stimmen in Prozent der AfD-Stimmanteile. Durchschnitt der vergangenen acht Landtagswahlen ohne Bremen und Hamburg. Berlin = West.

Abbildung 1 stellt die Herkunft der AfD-Stimmen im Durchschnitt von acht Landtagswahlergebnissen dar. Deutlich wird, dass diese Wanderung bei der Linken (wie bei der FDP) vor allem (aber nicht nur) ein Ost-Phänomen ist. In den neuen Ländern kamen 12,4 Prozent der AfD-Stimmen von der Linken (6,1 Prozent im Westen). Bei der Bundestagswahl 2017 hat Die Linke „gemessen an ihrer Größe in den neuen Ländern [...] proportional die meisten Wähler an die AfD verloren. Auch dies kein neues Phänomen. Protestwähler sind in der Regel politisch heimatlos.“ (Neu und Pokorny 2017: 13). Insgesamt schwammen im Wählerstrom hin zur AfD zehn Prozent ehemalige Linke-Wähler mit.

Dieser Aderlass ist jedoch nur eine Seite der Medaille, schließlich hat die Partei ja Stimmen hinzugewonnen. Der Zustrom stammt mehrheitlich von der SPD (Abbildung 2), was darauf hindeutet, dass Die Linke von vielen als bessere Sozialdemokratie angesehen wurde. Der wiederholte Wahlkampf-Schwerpunkt „soziale Gerechtigkeit“ mobilisierte einmal mehr, zumal die geneigten Wähler die Regierungsbilanz der SPD – sie beackerte im Wahlkampf dasselbe Feld – kritisch bewerteten. Einer Vorwahlbefragung von Infratest dimap zufolge sahen wie schon vor vier Jahren 53 Prozent in der Linken „die Kraft, die sich stärker als andere Parteien für sozial Schwache“ engagiert. Zugleich erreicht die Linke im Kompetenzurteil der Bürger beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit mit 16 Prozent ihren Höchstwert seit 1998“ (Infratest dimap 2017: 6). Auch wenn die Bundesbürger weiterhin mit großer Mehrheit (81 Prozent) der Meinung waren, Die Linke benenne lediglich Probleme (ohne sie zu lösen), bleibt doch festzustellen: Eine Wahlentscheidung für die Partei und gegen die SPD speist sich, berücksichtigt man die veränderte Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht unbedingt aus Protestmotiven. Und auch vom Zustrom aus Union und Grünen darf angenommen werden, dass nicht Protest den Ausschlag gab.

Abbildung 2: Wählerwanderung von und zur Linken bei der Bundestagswahl 2017 (Saldo)



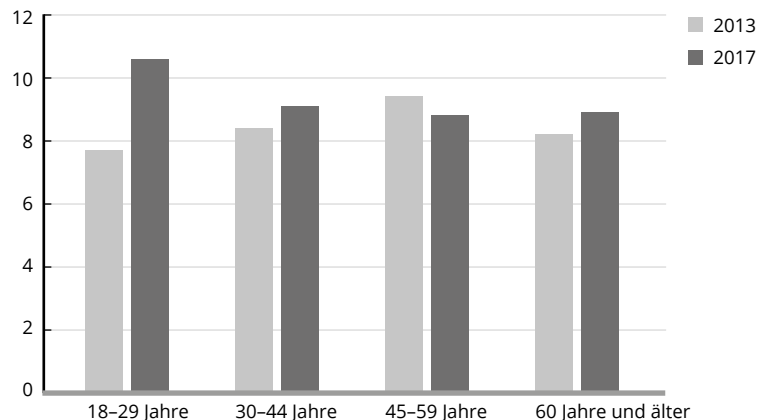
Quelle: Infratest dimap (2017).

Wer also sind die (neuen) Wähler der Linken? Im Folgenden werfen wir einen Blick auf die Altersstruktur, den Ausbildungsgrad, den Erwerbsstatus und die Berufsgruppen.

Die Linke konnte bei jungen Wählern bis 29 Jahre deutlich zulegen. Mit einem Anteil von fast 11 Prozent erreichte sie in dieser Kohorte ihr selbstgestecktes Ziel. Bei allen anderen Altersgruppen blieb sie mehr oder weniger auf dem Niveau von 2013 (Abbildung 3). Auffallend ist auch die deutliche Zunahme der Bessergebildeten unter den Wählern der Linken – bei gleichzeitiger Abnahme in den unteren Bildungsgruppen (Abbildung 4). Damit korrespondiert der auffallend starke Rückgang bei den Arbeitslosen. Vier Jahre zuvor waren diese mit weitem Abstand noch die größte Gruppe unter den Wählern der Linken (Abbildung 5). Zwar bleibt die Partei bei den Arbeitslosen weiterhin deutlich über dem Schnitt, muss dort aber vor allem zugunsten der AfD Federn lassen,

die in diesem angestammten Linken-Revier 16,6 Prozent (ein Plus von zehn Punkten) erbeutete. Ob man Die Linke weiterhin als Arbeiterpartei bezeichnen kann, bleibt der Interpretation überlassen. Sie gab in dieser Berufsgruppe leicht um 1,4 Punkte auf 10,2 Prozent nach und legte bei den anderen (von den Landwirten abgesehen) zu (Abbildung 6). Auch bei den Arbeitern unterlag sie der AfD deutlich, die auf 18,1 Prozent (ein Plus von 13,0 Punkten) kam. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern erreichte Die Linke 12,9 Prozent der Zweitstimmen. „Sie war dort – im Verhältnis zum Durchschnitt – erfolgreicher als alle anderen Parteien“ (Bereich Strategie & Grundsatzfragen 2017: 17).

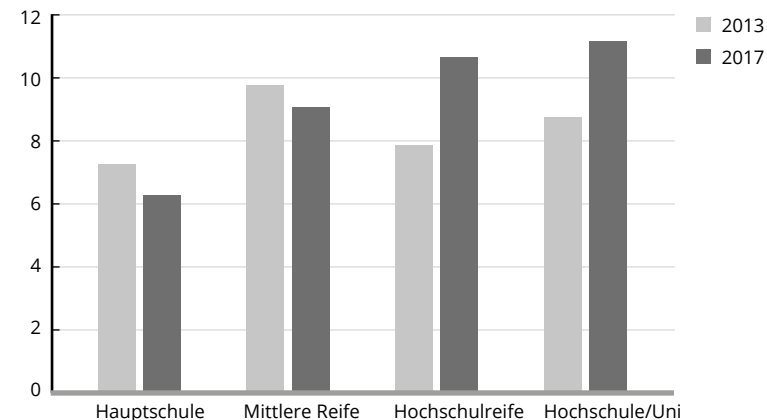
Abbildung 3: Ergebnis der Linken bei den Bundestagswahlen



2013 und 2017 nach Altersgruppen (Wahltagsbefragung) in Prozent

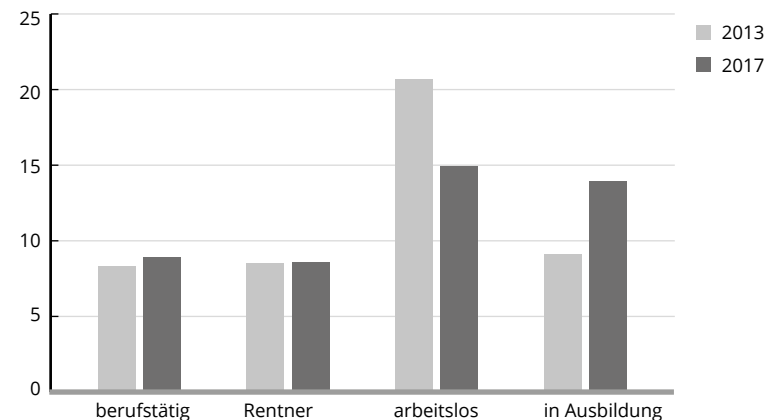
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2017).

Abbildung 4: Ergebnis der Linken bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 nach Ausbildungsgrad (Wahltagsbefragung) in Prozent



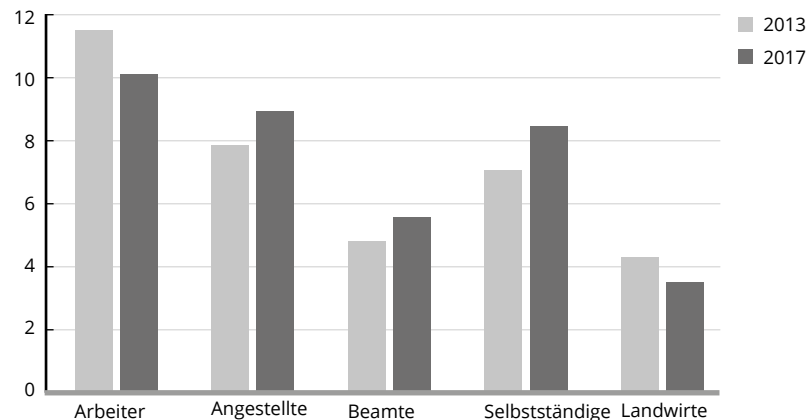
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2017).

Abbildung 5: Ergebnis der Linken bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 nach Erwerbsstatus (Wahltagsbefragung) in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2017).

Abbildung 6: Ergebnis der Linken bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 nach Berufsgruppen (Wahltagsbefragung) in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2017).

Alles in allem hat die AfD die Hausmacht der Linken bei Arbeitern und Arbeitslosen nivelliert, aber nicht vollständig geschleift. In die Bastion der Gewerkschaftsmitglieder – dort erzielte Die Linke 12,4 Prozent (ein Plus von 1,4 Punkten) – konnte die AfD beispielsweise nicht eindringen. Auch dies ist ein Indiz dafür, dass sie hauptsächlich Protestwähler abwarb. Das signifikante Abschmelzen des Stimmenanteils der Linken in den unteren Beschäftigungsgruppen und bei Menschen in prekären Lebenssituationen geht einher mit dem Verlust des Protestpotentials an die AfD vornehmlich im Osten. Die Linke ist nicht mehr allein die Partei der Deklassierten, sie hat diesen Nimbus aber nicht vollständig verloren. Das Wählerprofil der Partei verändert sich in Richtung des urbanen, gutsituierten jungen Bürgers und erinnert – lässt man das Alter als Kategorie beiseite – an die Klientel der Ostpartei PDS. Allerdings sprechen viele Indizien dafür, dass die neuen Schichten – sie machten die Verluste in den neuen Ländern mehr als wett – vor allem im Westen zur Linken gestoßen sind.

Die Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017 untermauerte diese Annahme: Die Linke gab im Saldo lediglich an die AfD Wähler ab (10.000), gewann auf niedrigem Niveau aber aus allen anderen Parteien und dem Nichtwählerlager hinzu, am stärksten von den Grünen (32.000). Die Motive der „neuen“ Linken-Wähler sind (noch) schwer greifbar. Wahrscheinlich mobilisierte die AfD doppelt: die Protestwähler (für sich), aber ebenso ihre Gegner. Unfreiwillig könnte die Rechtsaußenkraft damit außerhalb der Arbeiter und Arbeitslosen Wähler in die Arme der Linken getrieben haben, die sich schließlich als entschiedene ideologische Gegnerin der AfD präsentiert hatte.

Eine an den sogenannten Sinus-Milieus orientierte Studie der Bertelsmann-Stiftung erkennt in den Ergebnissen der Bundestagswahl eine „neue Konfliktlinie [...] zwischen den sozial-kulturellen Modernisierungsskeptikern und -befürwortern“. Sie werde „zu einem prägenden Faktor der politischen Auseinandersetzung in Deutschland“ (Vehrkamp und Wegschaidt 2017: 32). Während sich die AfD der Argumentation zufolge als einzige Kraft mehrheitlich auf der Seite der Skeptiker befindet, hat sich das soziale Profil der Linken „in Richtung der Milieus der Modernisierungsbefürworter verschoben“ (ebd.: 64), also dorthin, wo sich alle anderen Parteien bereits befinden. Mehr noch: Linke und Grüne seien „die am stärksten durch Wähler aus den modernisierungsbejahenden Milieus geprägten Parteien, noch vor der FDP“ (ebd.: 14). Sollte das tatsächlich zutreffen, liefe die Orientierung der Partei entlang der historischen Konfliktlinie Arbeit/Kapital (die mit dem „Oben-Unten“-Cleavage kongruiert) ins Leere. Die Linke kultivierte mittels eines rigiden, die Schwelle zum Extremismus überschreitenden, ideologischen Antikapitalismus ein Alleinstellungsmerkmal, das alle übrigen Parteien pauschal in das feindliche Lager des „Neoliberalismus“ verwies. Die Zukunft wird zeigen, ob dies ein fruchtbarer strategischer Ansatz bleibt.

Die Bundestagswahl stärkte die Fraktion der Linken nicht nur in ihrer Größe, 69 Mandate besetzt die Partei gegenüber 66 in der vorangegangenen Legislaturperiode, sondern auch in ihrer antidemokratischen Aus-

richtung. Dafür spricht schon der größere Anteil an Abgeordneten aus den radikal-linken Westverbänden (in Tabelle 3 hell- oder dunkelgrau unterlegt). Im neuen, 19. Bundestag gewann die Partei 43 Mandate im Westen, 20 im Osten. In der 18. Wahlperiode hatte das Verhältnis noch 32:28 betragen – die jeweils sechs Abgeordneten aus Berlin nicht mitgerechnet. Spiegelverkehrt zur AfD tritt Die Linke im Osten wesentlich gemäßigter auf als in den alten Ländern. Die Radikalisierung war Ergebnis der Fusion mit der WASG, die keineswegs nur (Sozial-)Demokraten mitbrachte, sondern auch das westdeutsche linksextreme Spektrum anzog. Zusätzlich verfielen die gewerkschaftsgestählten WASG-Protagonisten schnell in die von Oskar Lafontaine geschürte und von seinem Nachfolger Klaus Ernst fortgesetzte, erbitterte Frontstellung gegen die Reformer aus der PDS. Der retrograde Bezug auf die Arbeiterklasse macht die WASG-Vertreter zu Verbündeten der Orthodoxen in der Partei, die sich in den vom Verfassungsschutz beobachteten Zusammenschlüssen, der linksradikal-kommunistischen Antikapitalistischen Linken (AKL) und der gewerkschaftlich-trotzkistischen Sozialistischen Linken (SL), zusammenschlossen. Diese Phalanx verdrängte die Reformer ein gutes Stück aus den leitenden Gremien und führte zu einer programmatischen Radikalisierung. Die reformorientierten Gruppierungen Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) und Netzwerk Reformlinke traten zuletzt kaum noch in Erscheinung. Seit dem Rücktritt des nach internen Querelen frustrierten Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn im November 2017 sitzt kein ausgewiesener Reformer mehr im Parteivorstand. Quer zu den beiden klassischen Lagern positioniert sich die Emanzipatorische Linke (EL), ein intern etwas despektierlich „Mittelerde“ genannter Kreis um die Parteivorsitzende Katja Kipping. Die EL positioniert sich „links-libertär“ und möchte die Flügeltektonik der Linken programmatisch und personell aufbrechen.

Die Bundestagsfraktionen der Linken erwiesen sich seit 2005 als Bastionen außenpolitischer Hardliner und extremistischer Linker. Das gilt aufgrund des Aufschwungs West erst recht für die neue Fraktion. Altvordere wie Diether Dehm (Lang 2014), Ulla Jelpke oder Sahra Wagenknecht führen ein einflussreiches Lager, das sich durch scharfe Kritik an Israel

und den USA sowie unreflektierte Parteinahme für den Iran, die Hisbolah und die Hamas auszeichnete. Seit der Fusion mit der WASG ist die „Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik [...] fest in der Hand der Fundamentalisten aus den westlichen Landesverbänden“ (Wehner 2012).

Den Hannoveraner Parteitag im Juni 2017, auf dem Die Linke ihr Wahlprogramm verabschiedet hatte, resümierte Mechthild Küpper treffend: „Der pragmatische [...] Traditionsstrang der PDS hat verloren, die westlichen Sektierer haben gewonnen“ (Küpper 2017). Der heftige, nach der Bundestagswahl eskalierte Machtkampf zwischen den Führungen der Fraktion und der Partei (Riel 2017c), ausgetragen von Sahra Wagenknecht (die mit Rückzug drohte) und der Linken-Chefin Katja Kipping (die auf mehr Einfluss in der Fraktion drängte), macht deutlich: Die politische Macht in der Linken liegt bei der Fraktion und damit aufseiten der linken Fundamentalisten; die blasse Parteiführung tat sich bislang schwer, dem etwas entgegenzusetzen. In der neuen Konstellation wird sich der Einfluss der Radikalen weiter verstärken.

Tabelle 3: Die Abgeordneten der Linken im 19. Deutschen Bundestag

Name	Liste/ Direktmandat	Mitgliedschaft/ Funktion
Doris Achelwilm	Bremen	Mitglied EL, Landesvorsitzende
Gökay Akbulut	Baden-Württemberg	
Simone Barrientos	Bayern	Landesvorstand
Dietmar Bartsch	Mecklenburg-V	Fraktionsvorsitzender
Lorenz Gösta Beutin	Schleswig-Holstein	
Matthias W. Birkwald	Nordrhein-Westfalen	Mitglied SL/Ex-DKP

Name	Liste/ Direktmandat	Mitgliedschaft/ Funktion
Heidrun Bluhm	Mecklenburg-V	Landesvorsitzende
Michel Brandt	Baden-Württemberg	
Christine Buchholz	Hessen	Mitglied SL, Trotzkinin
Birke Bull-Bischoff	Sachsen-Anhalt	
Jörg Cézanne	Hessen	Ex-DKP
Sevim Dağdelen	Nordrhein-Westfalen	Mitglied AKL/ Stellv. Fraktionsvors.
Fabio De Masi	Hamburg	Mitglied SL
Diether Dehm	Niedersachsen	Mitglied SL
Anke Domscheit-Berg	Brandenburg	
Klaus Ernst	Bayern	
Susanne Ferschl	Bayern	
Brigitte Freihold	Rheinland-Pfalz	Mitglied SL
Sylvia Gabelmann	Nordrhein-Westfalen	Sprecherin AKL
Nicole Gohlke	Bayern	Mitglied SL, Trotzkinin
Gregor Gysi	Berlin, direkt WK 84	
André Hahn	Sachsen	
Heike Hänsel	Baden-Württemberg	Gründungsmitglied AKL
Matthias Höhn	Sachsen-Anhalt	Mitglied FDS
Andrej Hunko	Nordrhein-Westfalen	

Name	Liste/ Direktmandat	Mitgliedschaft/ Funktion
Ulla Jelpke	Nordrhein-Westfalen	Sprecherin AKL
Kerstin Kassner	Mecklenburg-V	
Achim Kessler	Hessen	Ex-DKP
Katja Kipping	Sachsen	Mitglied EL, Bundes- vorsitzende
Jan Korte	Sachsen-Anhalt	Mitglied FDS/ 1. Parl. Gesch.Führer
Jutta Krellmann	Niedersachsen	
Caren Lay	Sachsen	Mitglied EL/ Stellv. Fraktionsvors.
Sabine Leidig	Hessen	Ex-DKP
Ralph Lenkert	Thüringen	
Michael Leutert	Sachsen	
Stefan Liebich	Berlin, direkt WK 76	Mitglied FDS
Gesine Lötzschen	Berlin, direkt WK 86	
Thomas Lutze	Saarland	
Pascal Meiser	Berlin	
Amira Mohamed Ali	Niedersachsen	
Cornelia Möhring	Schleswig-Holstein	
Niema Movassat	Nordrhein-Westfalen	Landesvorstand
Norbert Müller	Brandenburg	Mitglied SL

Name	Liste/ Direktmandat	Mitgliedschaft/ Funktion
Zaklin Nastic	Hamburg	
Alexander Neu	Nordrhein-Westfalen	Mitglied SL
Thomas Nord	Brandenburg	Bundesvorstand
Petra Pau	Berlin, direkt WK 85	Mitglied Reformlinke
Sören Pellmann	Sachsen, direkt WK 153	Mitglied SL
Victor Perli	Niedersachsen	Mitglied SL
Tobias Pflüger	Baden-Württemberg	Sprecher AKL/ Stellv. Bundesvors.
Ingrid Remmers	Nordrhein-Westfalen	Mitglied SL
Martina Renner	Thüringen	
Bernd Riexinger	Baden-Württemberg	Mitglied SL, Bundes- vorsitzender
Eva Schreiber	Bayern	
Petra Sitte	Sachsen-Anhalt	
Evrin Sommer	Berlin (West)	
Kersten Steinke	Thüringen	
Friedrich Straet- manns	Nordrhein-Westfalen	
Kirsten Tackmann	Brandenburg	Stellv. Landesvorsit- zende
Jessica Tatti	Baden-Württemberg	Landesvorstand

Name	Liste/ Direktmandat	Mitgliedschaft/ Funktion
Alexander Ulrich	Rheinland-Pfalz	Mitglied SL/ Landesvorsitzender
Kathrin Vogler	Nordrhein-Westfalen	Mitglied SL
Sahra Wagenknecht	Nordrhein-Westfalen	Fraktionsv./ Ruh. Mitgl. AKL/KPF
Andreas Wagner	Bayern	
Harald Weinberg	Bayern	Mitglied SL
Katrin Werner	Rheinland-Pfalz	Sprecherin SL
Hubertus Zdebel	Nordrhein-Westfalen	
Pia Zimmermann	Niedersachsen	Landesvorsitzende
Sabine Zimmermann	Sachsen	

Quelle: Parteiangaben, eigene Recherche. Stand: November 2017.

KPF = Kommunistische Plattform. Hellgrau: Westlicher Landesverband oder Berlin (West), Dunkelgrau: Zusätzlich Mitgliedschaft in AKL oder SL. Weiß: Östlicher Landesverband, Berlin (Ost) oder Berliner Mischbezirk.

Die Zuordnungen in Tabelle 3 – die politische Orientierung mag in Einzelfällen abweichen – sind frappierend. Rechnet man Sahra Wagenknecht mit ein, deren Mitgliedschaften in AKL und der Kommunistischen Plattform (KPF) offenkundig ruhen (von einem regelrechten Austritt ist nichts bekannt), stammen 20 Parlamentarier von den extremistischen Gruppierungen AKL und SL, einige haben dort Führungspositionen inne. Bis auf zwei Ausnahmen zogen sie über ein westliches Bundesland in den Bundestag ein. Legt man die Mitgliederzahlen der Linken zugrunde, ist der Westen im Parlament ohnehin deutlich überrepräsentiert. Von den

rund 58.900 Mitgliedern (Stand: 31. Dezember 2016) stammt, lässt man West-Berlin außen vor, mit 25.600 deutlich weniger als die Hälfte aus dem Westen. In der Bundestagsfraktion sind dagegen in etwa doppelt so viele Abgeordnete aus den alten Ländern vertreten wie aus den neuen.

Das Missverhältnis in der Repräsentanz dürfte, nimmt man die in ihrer Größe eher überschaubaren ultralinken Zusammenschlüsse als Maßstab, noch ausgeprägter sein. Als nochmalige leichte Linksverschiebung kann man auch die Abstimmung zur neuen Fraktionsspitze deuten. Sahra Wagenknecht erhielt bei ihrer Wiederwahl zur Vorsitzenden mit 75 Prozent wohl auch aus dem eigenen Lager die Quittung für ihre Äußerungen zur Flüchtlingspolitik. Ihr alter und neuer Kompagnon Dietmar Bartsch bekam immerhin 80 Prozent. Die beiden Stellvertreterposten besetzen nun die EL-Angehörige Caren Lay (58 Prozent) und das AKL-Gründungsmitglied Sevim Dağdelen (75 Prozent). Der Reformler Jan Korte ließ sich nicht mehr als Stellvertreter durchsetzen. Die Wagenknecht-Vertraute und AKL-Frau Heike Hänsel wurde Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik (Wallrodt 2017). Im Machtkampf mit der Parteispitze verbuchte Wagenknecht einen Sieg: Katja Kipping und der neu im Bundestag vertretene Bernd Riexinger scheiterten mit ihrem Antrag, beim Rederecht im Parlament Vorrang vor der Fraktionsspitze zu erhalten (Frielinghaus 2017).

Sahra Wagenknecht, obwohl intern umstritten, aber nicht ernsthaft angefochten, verpasste der Partei jedoch nach außen in unzähligen Medienauftritten mit kluger Eloquenz und Überzeugungskraft, strikter Parteinahme für die „kleinen Leute“ und einem Schuss Populismus gegen Millionäre und das Finanzkapital eine Glanzfassade. Ihr smartes Auftreten hat mit dem eigenbrötlerisch-verkopften Habitus der Stalin-Apologetin der 1990er Jahre nichts mehr zu tun. Vor der Wahl reichte sie „mit einem Zufriedenheitswert von 44 Prozent an die Popularität von [Gregor, Anm. d. Verf.] Gysi zur letzten Bundestagswahl (47 Prozent) so gut wie heran. Ihr Co-Spitzenkandidat Dietmar Bartsch [wurde lediglich] von 29 Prozent positiv bewertet“ (Infratest dimap 2017: 6). Heutzutage

demonstriert Wagenknecht ideologische Mäßigung. Bürgerliche Werte und die liberale Demokratie zu würdigen, gehört zum guten Ton. Einen Grund, die DDR zu verteidigen, sieht sie schon lange nicht mehr. In den 1990ern habe sie das aus Trotz getan, sagt sie heute. Auf die Frage, ob sie noch Kommunistin sei, gab Wagenknecht die bezeichnende Antwort:

„Leider wird Kommunismus heute meist mit dem Gesellschaftsmodell der Sowjetunion oder der DDR identifiziert und nicht mit der Tradition Rosa Luxemburgs, der Gründerin der Kommunistischen Partei in Deutschland“ (Wagenknecht 2013).

Das ist Mainstream in der Linken. Doch wer sich auf die Revolutionärin Luxemburg beruft, macht sich als Anhänger von Freiheit und Demokratie nachgerade unglaubwürdig (Lang 2009).

Parteiintern wehte Wagenknecht dagegen beizeiten Wind ins Gesicht, der aber niemals so stark war, ihr in ihrer Position und ihrem Nimbus ernsthaft zu schaden. Die Kritik an Wagenknecht hatte drei Gründe. Erstens ihre Selbstausrufung zur Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl und die Bedingung, nur zusammen mit Dietmar Bartsch, nicht aber im Team mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger anzutreten. Zweitens die nie beendete Konfrontation Wagenknechts mit dem Reformlerlager. Zwar arbeitete die Doppelspitze der Fraktion – Wagenknecht und der Reformler Bartsch hatten im Oktober 2015 den langjährigen Fraktionschef Gregor Gysi abgelöst – reibungslos. Aber auf den unteren Ebenen kam die Fraktion nie zu Ruhe. Ein Ausdruck der erbitterten Feindschaft war die Brandrede Gysis auf dem Göttinger Parteitag 2012: Meinungsunterschiede seien nicht das Problem,

„aber in unserer Fraktion im Bundestag herrscht auch Hass. Und Hass ist nicht zu leiten. Seit Jahren versuche ich, die unterschiedlichen Teile zusammenzuführen. Seit Jahren befinde ich mich zwischen zwei Lokomotiven, die aufeinander zufahren. Und ich weiß, dass man dabei zermalm werden kann“ (Gysi 2012: 24 f.).

Gemessen an Gysis unkaschierten Worten – Sahra Wagenknecht durfte sich angesprochen fühlen – herrschte seitdem Burgfrieden.

Drittens Wagenknechts Vorstöße in der Flüchtlingsfrage, die verbreitet als Annäherung an AfD-Positionen interpretiert wurden. Die merkwürdige innerparteiliche Reaktion darauf zeigt, dass die Auseinandersetzung der Lager keineswegs beigelegt war. Bezeichnenderweise kam die Kritik vor allem vonseiten der Reformer, während sich die Linksausleger in Partei und Fraktion bis auf wenige Ausnahmen zurückhielten. Als der Reformer Jan van Aken 2016 forderte, Sahra Wagenknecht möge als Fraktionsvorsitzende zurücktreten, unterstützten tausende Mitglieder die Solidaritätskampagne ihrer Verbündeten (Lang 2017). Die offizielle Reaktion der Parteispitze kam über einen dezenten Verweis auf programmatische Grundsätze nicht hinaus und zeitigte keine Konsequenzen: „Wir werden innerparteilich ganz klar kommunizieren, dass sich auch die Spitzenkandidaten an die Programmatik und die Kernaussagen, die die Linke betreffen, zu halten haben“ (Bernd Riexinger, zit. nach Nabert 2017). Zu PDS-Zeiten war Sahra Wagenknecht als orthodoxe Kommunistin mit weitaus fundamentaleren und folgenreicheren Vorwürfen konfrontiert.

Was war geschehen? Schon im Dezember 2015 hatte Wagenknecht entgegen der Parteilinie erklärt, Kontingente für Flüchtlinge seien eine „Verbesserung“. Im Januar 2016 kommentierte sie die Silvesterübergriffe von Köln mit dem vielzitierten Satz: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt“. Den Begriff Asylrecht wollte sie nicht in den Mund nehmen. Im Juni 2016 setzt sie die Terroranschläge von Ansbach und Würzburg wider besseres Wissen in direkten Bezug zu der – wie sie sagte – „großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern“. Im September 2016 schließlich schrieb sie auf Ihrer Webseite: „Wir lassen uns nicht länger für dumm verkaufen von Mainstream-Medien und führenden Politikern.“ Den Satz ließ sie später wieder löschen. Wagenknecht hat wohl gemerkt, dass sie in diesem Punkt die übliche verbale Vorsicht hat fallen lassen. Die Aussage lässt gleichwohl tief blicken. Der Journalist Kevin Hagen hat zu Recht geschlussfolgert:

„Wenn sie sich gegen den ‚Mainstream‘ wendet, bedient sie indirekt Klischees, die AfD-Leute seit Monaten ins Land posaunen: Die Eliten stecken alle unter einer Decke, die Demokratie funktioniert nicht“ (Hagen 2017).

Die Anti-System-Attitüde, die Wagenknecht stets begleitet hat, kommt hier einmal mehr zum Ausdruck. Wer sie in die rechte Ecke stellt, liegt allerdings falsch. Sicherlich: In einzelnen Punkten wie der Ablehnung der EU und der gemeinsamen Währung dockt die Linke Wagenknecht nahtlos bei den Rechten der AfD an. Doch ihre Motive sind klassisch links: Gründung von „Gemeinwohlunternehmen“ in denjenigen Sektoren, die für ein Spiel der freien Marktkräfte ungeeignet sind sowie straffe Regulierung des Finanzsektors mit Einführung der „Gemeinwohlbank“ nach dem Sparkassen- und Genossenschaftsmodell. Auch in anderen zentralen Forderungen unterscheiden sich Wagenknecht und die AfD diametral. Diese verlangt die Abschaffung der Erbschaftsteuer und wendet sich gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer – beides für die Linke und Wagenknecht Positionen des feindlichen neoliberalen Lagers. Eine hin und wieder befürchtete – und von manchen ersehnte – gemeinsame Aktion von Rechts- und Linkspopulisten wird unter diesen Voraussetzungen nicht zustande kommen. Man muss Wagenknechts riskante Vorstöße – zu Jahresanfang 2017 nahm sie ihnen in einem Interview mit dem Stern die Spitze (Wagenknecht 2017) – als Versuch sehen, die AfD mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie deren fast ausschließlich populistische Wahlstrategie kopiert. Es sei ihr nur darum gegangen, der AfD die Wähler abspenstig zu machen, unterstrich sie mehrfach. Angesichts der Abwanderungen der Protestwähler ist die Frage nicht unbeeidlich: War Wagenknechts Kurs vielleicht sogar strategisch klug?

3. Wahlprogramm, Wahlstrategie, Wahlkampf

Unmittelbar nach der Bundestagswahl entbrannte ein Streit um die richtige Wahlstrategie, der allerdings fundamentalerer Art war als die gebremsten Auseinandersetzungen um Sahra Wagenknecht vor der Wahl. Geschürt hatte ihn Oskar Lafontaine mit einem Beitrag im Neuen Deutschland. Er warf der Linken (aber auch allen anderen Bundestagsparteien der zu Ende gegangenen Wahlperiode) eine „verfehlte Flüchtlingspolitik“ vor und brachte ausgerechnet die Kernbotschaft der Linken, die „soziale Gerechtigkeit“, in Stellung: Diese

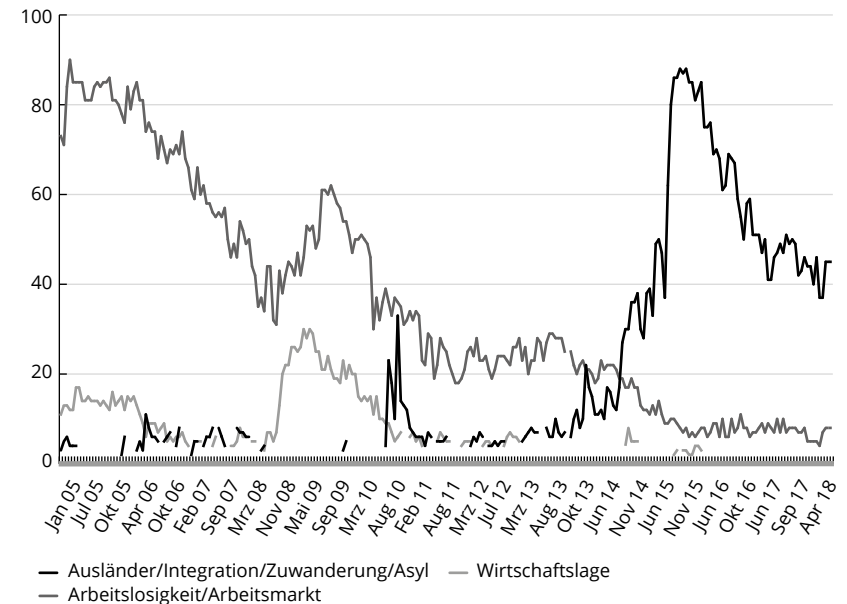
„verpflichtet dazu, denen zu helfen, die darauf am meisten angewiesen sind. Man darf die Lasten der Zuwanderung über verschärfte Konkurrenz im Niedriglohnsektor [...] nicht vor allem denen aufbürden, die ohnehin bereits der Verlierer der steigenden Ungerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen sind“ (Lafontaine 2017).

Dass Lafontaines Fixierung auf die Arbeiterklasse die Erfolge der Linken in anderen Schichten ausblendete, ist eine Sache. Schwerer wog: Seine Äußerungen konnten umstandslos als nationalistischer Partikularismus („soziale Gerechtigkeit“ nur für Einheimische) gedeutet werden. Und sie wurden es, wie die Entgegnung Gregor Gysis zeigte, der die komplementäre Fahne linken Universalismus' hochhielt und die Gültigkeit „sozialer Gerechtigkeit“ für alle Menschen anmahnte (Gysi 2017).

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Positionierungen ist festzuhalten: Lafontaine hatte einen wunden Punkt getroffen. Die Linke hatte den Themenkomplex Flüchtlinge, Integration und Zuwanderung im Wahlkampf schlicht nicht vorgesehen. Dabei hätte sie es besser wissen können. Abbildung 7 veranschaulicht die Wichtigkeit, die die Bürger der Thematik zugemessen haben. Fast die Hälfte der Befragten nannte sie 2017 eines der „wichtigsten Probleme in Deutschland“. Zwar wurden auch die Erwähnungen zu den von der Linken erfolgreich aufgefangenen Problemkomplexen „soziale Ungerechtigkeit“ und „Alterssicherung“ häufiger, waren aber weit abgeschlagen. Arbeitslosigkeit, einst Hauptmotiv für die Wahl der Linken, spielte dagegen kaum mehr eine Rolle, was

Lafontaines Argumentation den Wind aus den Segeln nahm. In ihrem Wahlprogramm blieb Die Linke jedenfalls in der Flüchtlings- und Integrationsfrage zu unverbindlich. Drei der 136 Seiten verlangen die Abschaffung des „restriktive[n] Aufenthaltsgesetz[es]“, „gleiche politische und soziale Rechte“ auch für Flüchtlinge, die „Legalisierung von Menschen, die ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland leben“ (Die Linke 2017a: 68 f.). Das alles waren ausschließlich Forderungen zugunsten der Flüchtlinge, die man aus humanitären Erwägungen heraus gutheißen konnte. Auf die Sorgen der in Deutschland lebenden Menschen angesichts der Zuwanderung ging das Programm nicht ein. Wer konkrete Lösungsvorschläge erwartete, wurde enttäuscht. Dies dürfte kaum verhindert haben, Wähler in die Arme der Rechtspopulisten zu treiben.

Abbildung 7: Wichtigkeit politischer Probleme Januar 2005–April 2018



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer.

Das Wahlprogramm setzte die Schwerpunkte bei arbeitsmarktpolitischen sozialen Themen: „Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst“, „Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane“, „Die Mieten runter!“. Breiteren Raum nahmen daneben Genderpolitik („Gleichberechtigung aller Lebensweisen“), Bildung, äußere Sicherheit („Nein zum Krieg“), Ökologie („Menschen und Natur vor Profite“) und EU („Für ein Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne“) ein. Ein eigener Abschnitt zu den neuen Bundesländern kam entgegen sonstiger Gepflogenheiten nicht mehr vor. In ihrem Leitfaden zu dem diesmal deutlich intensivierten Wahlkampf an der Haustür listete Die Linke sechs Punkte auf, die den Kern der gesamten Kampagne ausmachten:

1. Mieten: Wir „kämpfen [...] für [...] eine wirksame bundesweite Mietpreisbremse. Bis zu deren Einführung wollen wir Mieterhöhungen ausschließen. Gleichzeitig wollen wir ein Investitionsprogramm für den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau auflegen.“
2. Löhne: Wir wollen „den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen. [...] Dauerbefristungen, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen werden wir beenden.“
3. Renten: „Das Rentenniveau [muss] auf 53 Prozent angehoben werden. Niedrige Löhne wollen wir in der Rente aufwerten. Unsere solidarische Mindestrente von 1050 Euro macht Schluss mit Altersarmut.“
4. Rüstung: Wir wollen „Waffenexporte stoppen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden. [...] Anstatt die Rüstungsausgaben zu verdoppeln, wollen wir sie um 20 Prozent senken. Das Geld wollen wir stattdessen einsetzen, um Kitas und Schulessen kostenfrei zu machen, Kitas auszubauen, zu verbessern und Schulen zu sanieren.“

5. Steuern: „Wir wollen eine Millionärsteuer, eine Steuer auf Vermögen oberhalb einer Million Euro, einführen. Hohe Erbschaften [und] Kapitalerträge müssen stärker besteuert werden. Kleine und mittlere Einkommen werden wir deutlich entlasten. Dafür muss der Spitzensteuersatz [ab einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro auf 53 Prozent] angehoben werden.“
6. Arbeitslosigkeit: „Statt Hartz IV brauchen wir eine Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten. Der Regelsatz muss in einem ersten Schritt auf 560 Euro angehoben werden. [...] Kein Kind darf im reichen Deutschland in Armut leben“ (Die Linke: 2017b). Der Schuss Populismus ist unverkennbar: Erneut entschied Die Linke den Bieterwettbewerb mit der SPD um Löhne, Steuerquoten und Arbeitslosenunterstützung für sich.

Die im Dezember 2016 verabschiedete, ursprünglich von Wahlkampfmanager Matthias Höhn entworfene Wahlstrategie macht drei „Konfliktlinien in der Gesellschaft“ aus: erstens die Verteilung des Reichtums, zweitens soziale Unsicherheit, drittens „Globalisierung, Entgrenzung und der Kulturkampf der Rechten“ (Die Linke 2016). Beim letzten Punkt wird die starke Ideologisierung des Papiers deutlich, die an mehreren Stellen eine realistische Sicht auf Politik und Gesellschaft verstellt hat. Die sozialkulturelle Konfliktlinie zwischen Anhängern der Moderne und deren Verweigerern (um noch einmal das bereits oben bemühte Vokabular der Bertelsmann-Stiftung zu verwenden) existiert unbestritten. Dass Die Linke sie zum „Kulturkampf der (!) Rechten“ umbiegt, vertauscht jedoch Ursache und Wirkung. Wer „den Rechten“ (die in Wahrheit dieses *Cleavage* nur besser ausgenutzt haben) die Schuld gibt, kommt nicht darum herum, sich auf die Ebene eines Ideologiekampfes zu begeben, den Die Linke in diese etwas holprigen Worte fasste:

„In diesem Konflikt positionieren wir uns [...] mit einer Politik, die Haltung zeigt und Halt gibt. Einerseits stellen wir uns ohne Wenn und Aber jeder Form von Rassismus, Faschismus und Antisemitismus sowie der gesamten Rechtsentwicklung im Land entgegen. Andererseits müssen wir verhindern, dass die 85 Prozent der Bevölkerung, die bisher nicht nach rechts gerückt sind, nicht auch noch wegrutschen“ (Die Linke 2016).

Dass in diesem Fall das Allheilmittel „soziale Gerechtigkeit“ keinen Erfolg brachte, belegen die Wahlergebnisse. Der Missstand, den Die Linke beheben wollte, ist gar kein Konflikt zwischen rechts und links. Ihre Wahlstrategie ging völlig am Problem vorbei.

Dennoch trieb die Partei diese Polarisierung voran. Die Wettbewerber teilte das ursprüngliche Höhn-Papier in „Gegner“ und „Konkurrenz“ (Höhn 2016: 8 f.). Zu der ersten Kategorie gehörten die Unionsparteien und die AfD, zur zweiten SPD und Grüne. Die FDP – in vieler Hinsicht Widerpart der Linken – taucht seltsamerweise weder hier noch in der Endfassung auf. Der Begriff „Gegner“ implizierte, man brauche nicht um dasselbe Wählerpotenzial kämpfen. Bei der „Konkurrenz“ war das anders, was die zum Teil aggressiven Attacken der Linken auf SPD und Grüne während des Wahlkampfes erklärt. Das Denken in ideologischen Lagern hatte zur Folge, dass Reformler Höhn die AfD in völliger Verken- nung der realen Umstände als „Fleisch vom Fleische der Union“ (Höhn 2016: 9) bezeichnete – eine Formulierung, die der Parteivorstand wieder strich. Dennoch: Wer die strategischen Aussagen der Linken zur AfD mit den strategischen Aussagen der AfD zur Linken vergleicht, bekommt eindrucksvoll die Diskrepanz zwischen ideologischer Aufladung auf der einen und einer relativ realistischen Sicht auf der anderen Seite vorge- führt. Die Passage zur AfD im Höhn-Papier überlebte die Vorstandssit- zung im Dezember 2016 freilich nicht: Alle Sätze, die AfD und Die Linke in Zusammenhang brachten, wurden entfernt, so auch die Aussage, beide Parteien bildeten „Pole“ im Parteiensystem und der Hinweis, die AfD

habe „Zulauf aus allen anderen Parteien sowie vor allem von [...] Nicht- wählern“ (Höhn 2016: 9). Unliebsame Tatsachen wurden also sehenden Auges ausgeblendet. Der Vorstand strich auch den Verweis Höhns auf die Orbán-Apologie der AfD. Angesichts der ebenso offenkundigen Putin-Apologie der Linken wollte man der Konkurrenz augenscheinlich nicht unnötig Munition aushändigen. Das Faible für autoritäre Regime (sofern sie antiamerikanisch gepolt sind) teilen beide Parteien.

Übrig blieb ein Konstrukt, das die gesamte AfD auf den Rechtsextremis- mus reduzierte und jeden Anklang einer Parallelität zur eigenen Partei tunlichst vermied. Die AfD sei

„ein Sammelbecken unterschiedlicher ideologischer Strömungen der extremen Rechten, deren Spannweite von marktradikalen Positionen bis zum völkischen Nationalismus reicht. [...] Anhängerschaft und Personal rekrutieren sich zum weit überwiegenderen Teil aus Menschen mit antide- mokratischen, autoritären und völkisch-nationalistischen Denkmustern“ (Die Linke 2016: 9).

Der Erfolg der AfD sei „Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Rechts- rucks“, für den die „bürgerlich-neoliberale Politik“ von Union und SPD die Verantwortung trage (ebd.: 9). Damit hat sich Die Linke erneut zum ideo- logischen Einzelkämpfer stilisiert, dem das feindliche, von der SPD bis zur AfD reichende Lager des „Neoliberalismus“ gegenübersteht. Die AfD wird zudem mitsamt ihrer „Anhängerschaft“ – waren mit diesem Begriff auch die Wähler gemeint? – pauschal als antidemokratisch und extrem rechts abgestempelt. Im Grunde tischt Die Linke eine leichter konsumier- bare Version der kommunistischen Dimitroff-Formel auf, die einst den „Faschismus“ in ursächlichen Zusammenhang mit dem „Kapitalismus“ brachte. In dem Strategiepapier bilden „marktradikale Positionen“ eine Teilmenge der „extremen Rechten“.

Diesen Blick wirft die AfD auf Die Linke:

„Die Linkspartei ist nicht nur ein politischer Gegner, sondern auch ein direkter Konkurrent der AfD um Wählerstimmen. Im Osten Deutschlands [...] stehen AfD und Linkspartei im direkten Wettbewerb um Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum, der Arbeiterschaft und dem Prekariat. Dort ist man patriotisch, hält nichts von offenen Grenzen [...] und sehnt sich nach sozialer Gerechtigkeit, aber nur für deutsche Staatsbürger“ (AfD 2016: 23).

Auch Die Linke hätte diese Sätze – mit weniger pauschaler Zuordnung des ostdeutschen „Prekariats“ – formulieren können. Sie hat es nicht. Wollte sie sich nicht eingestehen, dass ihre ureigene Klientel in weiten Teilen eventuell gar nicht links ist, sondern nur dem nächstbesten Protestangebot folgen würde? Auf den höheren Ebenen der Ideologie wird sie das von der AfD umrissene Potential nicht zurückholen. Diese Tür ist vermutlich schon zugeschlagen. Daran wird auf absehbare Zeit selbst die Tatsache nichts ändern, dass Die Linke, stets lavierend zwischen autoritären und libertären Werten, im Osten „keineswegs an das [von der AfD verteufelte] Ideengut der 68er anknüpft“, sondern auch mit ihrer Staatsfixiertheit punkten kann, die bei der tatsächlich mehr marktorientierten AfD weit schwächer ausgeprägt ist (Jesse 2017: 63). Sahra Wagenknecht hat das verstanden. Ihr Versuch, der AfD Wähler abspenstig zu machen, war logisch und nachvollziehbar. Ausgerechnet die Frontfrau der Linksausleger ist mit ihrer – immanent betrachtet nicht unklugen – Strategie an dem ideologischen Überbau abgeprallt, den sie einst selbst mit errichtete.

Das Lager der Fundamentalisten konnte mit dem Wahlkampf der Linken wenig anfangen. Zu zentral gesteuert und ein zu enger Zuschnitt, lauteten die Vorwürfe. Die AKL vermisste die Themen Umweltschutz, Tierschutz, Klimawandel und Diesel-Skandal, und nicht nur das:

„Die zentralen Thesen der Linken, [...] ‚Merkel muss weg‘ und [die] Regierungsoption ‚Rot-Rot-Grün‘ spielten keine Rolle. Zur Flüchtlingsthematik, dem Hauptthema in den Medien, gab es von der Linken nichts oder Schreckliches. Die – auch hunderttausende [Wähler] umfassende – Solidaritätsbewegung mit den Geflüchteten wurde vergessen und verprellt.“ (Länderrat 2017).

Manch einer hätte sich gewünscht, die Partei hätte die AfD mit einem „Antifa“-Wahlkampf offensiver attackiert (Draeger 2017). Wer einen Blick über die Plakate der Linken schweifen ließ, musste in der Tat feststellen, dass einzig die Parole „Entschieden gegen rechte Hetze“ vage in Richtung AfD zielte. Alle anderen – „Millionäre besteuern, mehr Geld für Kitas und Schulen“, „Kinder vor Armut schützen“, „Mehr Personal in Pflege und Gesundheit“, „Mieten müssen bezahlbar sein“, „Freiheit stirbt mit Sicherheit“, „Abrüsten! Waffenexporte stoppen“ – hielten sich an den scharf umrissenen Wahlkampf-Schwerpunkten. Andere Plakate zeigten die Konterfeis der Spitzenkandidaten Bartsch („Mit Armut in unserem reichen Land werde ich mich nicht abfinden!“) und Wagenknecht („Glaubwürdig für Gerechtigkeit“) sowie der Parteivorsitzenden Kipping („Worum es mir geht: Du verdienst mehr!“) und Riexinger („Gute Arbeit, höhere Löhne. Befristungen und Leiharbeit stoppen!“). Ein Anti-„Hartz IV“-Plakat ließ Die Linke dieses Mal nicht drucken. Andere Akzente zu setzen blieb den Kreisverbänden überlassen.

Insgesamt klebte die Partei nach eigenen Angaben mehr als 300.000 Plakate, verteilte über zehn Millionen Wahlzeitungen und fast drei Millionen Kurzwahlprogramme. Zusätzlich brachte sie 680.000 Türhänger und knapp 65.000 ausführliche Programme unter die Leute (Wittmer 2017: 13). Dafür standen Wahlkampfspenden in Höhe von rund 500.000 Euro zur Verfügung. Das Unterstützer-Netzwerk „Linksaktiv“ mobilisierte mehr als 21.000 Helfer. Die Initiative trug wesentlich zum Erfolg der Linken im Internet-Wahlkampf bei (ebd.: 15). Thomas Lohmeier, Leiter der Öffentlichkeitsabteilung, zog eine überaus positive Bilanz:

4. Die Linke im Parteiensystem

„In den letzten vier Wochen vor der Wahl erzielten wir auf Facebook eine Reichweite von über sieben Millionen. Das heißt, dass unsere Beiträge in so vielen Facebook-Profilen angezeigt wurden. Wir haben die eigene Filterblase im Wahlkampf also verlassen“ (Lohmeier 2017: 12).

Unabhängige Berechnungen bestätigen, dass Die Linke einen reichweitenstärksten Facebook-Wahlkampf führte (Tabelle 4).

Tabelle 4: Aktivitäten der Parteiseiten auf Facebook

Partei	Likes Beiträge ^{a)}	Likes Seite ^{b)}	Posts ^{c)}	Reaktionen pro Tag ^{d)}	Shares pro Tag ^{e)}
AfD	570.659	385.659	122	40.875	7.908
Linke	205.392	245.913	59	13.128	2.526
SPD	175.826	182.406	101	12.223	2.232
CSU	118.989	201.326	100	10.526	677
CDU	138.947	171.039	134	9.266	797
Grüne	67.651	175.131	61	5.025	1.015
FDP	140.855	146.364	110	7.608	677

Quelle: Haller (2017)

a) Gesamtzahl 03.09. bis 02.10.2017, nur Icon „Daumen hoch“

b) Gesamtzahl 03.09. bis 02.10.2017

c) Gesamtzahl 03.09. bis 26.09.2017

d) Kombinierte Werte Emoticons, Shares und Kommentare, 03.09. bis 26.09.2017

e) 03.09. bis 26.09.2017.

Mit weitem Abstand rangiert die AfD vor allen anderen Parteien. Die Linke liegt bei den meisten übrigen Indikatoren auf Platz zwei. Addiert man CDU und CSU zusammen, was beim grenzenlosen Internet jedoch wenig Sinn macht, käme Die Linke auf den dritten Platz.

Drei Spannungsfelder bedingen die Stellung der Linken im Parteiensystem. Erstens ein demokratietheoretisches zwischen Extremismus und Demokratie: Während zahlreiche Indizien auf den im Kern antidemokratischen Charakter der Linken hinweisen, tut die Partei alles, die Bedeutung der „Demokratie“ umzuwerten. Auch die AfD macht das. Mit ihr erwuchs der Linken nicht nur ein ideologischer Gegenpol, sondern in Teilen auch ein Gleichgesinnter in der Frontstellung gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat. Zweitens ein *ideologisches* Spannungsfeld zwischen „Neoliberalismus“ und Antikapitalismus. Damit kreiert Die Linke ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Bundestagsparteien. Werden diese verbal als „neoliberal“ abgestempelt, zieht der radikale, nicht nur gegen ein bestimmtes ökonomisches System gerichtete Antikapitalismus der Linken tatsächlich eine scharfe Grenze. Diese ideologische (Selbst-)Kategorisierung konterkariert drittens ein strategisches Spannungsfeld zwischen einem perzipierten „linken“ und einem „rechten“ Lager. Diese Unterscheidung fundiert eine (derzeit nicht vorhandene) Machtperspektive der Linken innerhalb des parlamentarischen Systems zusammen mit SPD und Grünen. Vertreten wird sie vor allem im Lager der Reformen. Deren Strategie, eine „Transformation der Gesellschaft“ von oben, also ausgehend von den politischen Institutionen zu erreichen, stößt unter anderem vonseiten der AKL auf Widerspruch, deren Mantra lautet: „Grundlegende Veränderungen im Land werden nicht durch geschicktes Regierungshandeln, sondern durch gesellschaftliche Gegenmacht [von unten, Anm. d. Verf.] erreicht“ (Höger 2016).

Tabelle 5: Das Parteiensystem aus Perspektive der Linken

	links (demokratisch)	rechts (undemokratisch)
neoliberal	SPD Grüne	Union AfD
antikapitalistisch	Linke (DKP)	

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Sicht der Linken auf das Parteiensystem weist einige Merkwürdigkeiten auf (Tabelle 5). Zwar trifft die Partei indirekt durchaus eine Unterscheidung zwischen „demokratisch“ und „undemokratisch“. Diese entspricht jedoch im Wesentlichen der Links-Rechts-Unterscheidung und hat nicht die Haltung gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat zum Kriterium. Weil sie mit Demokratie hauptsächlich eine sozialistische Volksbewegung im Ideal Rosa Luxemburgs verbindet, rückt sie selbst – konsequenterweise aber auch die DKP – in den Bereich des Demokratischen. Undemokratisch ist für Die Linke nicht nur die als weitgehend rechtsextremistisch abqualifizierte AfD, sondern tendenziell auch die Union. Der „libertäre“ programmatische Überbau vorrangig im Komplex der inneren Sicherheit weist CDU und CSU als Reaktionäre und Verhinderer der von einer solchen „demokratischen“ Volksbewegung ausgehenden „Transformation der Gesellschaft“ aus. Graduell trifft das auch auf SPD und Grüne zu, die Die Linke ohnehin in das gegnerische Lager des „Neoliberalismus“ verbannt hat – ein Begriff übrigens, den die sogenannte Neue Rechte teilt (Weißmann 2012: 10). Die FDP ist für Die Linke kaum existent.

Demokratiethoretische Einordnung

Im Sommer 2010 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht indirekt die extremistische Grundausrichtung der Linken. Geklagt hatte der damalige stellvertretende Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion, der heutige thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow. Er wehrte sich – 2013 vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich – gegen die Sammlung öffentlich zugänglichen Materials zu seiner Person durch den Verfassungsschutz. Hinweise auf die Verfassungsfeindlichkeit der Partei sahen die Verwaltungsrichter vor allem in den orthodox-kommunistischen Zusammenschlüssen in der Linken und der Tatsache, dass Angehörige dieser Gruppierungen in der Partei wichtige Funktionen einnehmen. Dass der damalige Parteichef Klaus Ernst prompt erklärte, es gebe keinen Grund, etwa die Kommunistische Plattform (KPF) auszuschließen, spricht Bände. Fakten gäbe es in der Tat genug, um Zweifel an der demokratischen Orientierung der Linken zu schüren. Wer diese Fakten ins Feld

führt, kann nicht auf eine gesellschaftliche Deutungshoheit bauen. Viele erblicken in der Linken eine Art „wahre“ Sozialdemokratie. Politologen, die sich um eine parteiensoziologische Einordnung bemühten, hielten schon die PDS für ideologisch kongruent mit der „Nach-Godesberg-SPD“, habe sie sich doch auf „dieselben Grundwerte“ berufen (Micus 2007: 199). Eine solche Perspektive blendete freilich die ideologischen Komponenten aus und rückte die Interessenpartei für diejenigen in den Vordergrund, die sich von der SPD links liegen gelassen fühlten.

Ist erst derjenige ein Extremist, der offensiv eine Diktatur propagiert? Muss man offen zur Revolution aufrufen oder einer der Großideologien wie dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus anhängen, um als Antidemokrat zu gelten? Der Verstand sagt Nein. Neben den „harten“ Varianten des politischen Extremismus, wie sie einst etwa KPdSU oder NSDAP verkörperten, halten sich „weiche“ Formen – zumindest vordergründig – an demokratische Prinzipien, aber sie führen durch die Hintertür ein Verständnis von Freiheit, Pluralismus und Demokratie ins Feld, das mit dem des demokratischen Verfassungsstaates nichts zu tun hat (Jesse 2009). Ein „weicher“ Extremismus – er ist nicht weniger extremistisch und nicht weniger gefährlich – ist auf dessen Schwächung aus und er ist durch eine distanzierende oder instrumentalisierende Haltung zur freiheitlichen Demokratie bestimmt.

Die Antwort auf die Frage, ob Die Linke eine antidemokratische Partei ist oder nicht, entscheidet über die momentane Stärke oder Schwäche des Linksextremismus in Deutschland – und darüber, ob sich eine Zusammenarbeit mit ihr in Anbetracht des antiextremistischen Konsenses der Bundesrepublik gebietet. An die Partei hat sich eine Vielzahl extremistischer Organisationen und Personen gebunden, die gleichsam in diesem Spektrum – wenn auch nicht im gesamten – als Magnet zu wirken scheint. Dies spricht für ein Erstarren des deutschen Linksextremismus nach der „Wende“ und gegen die demokratische Qualität der Linken. Entlastend schlägt allerdings zu Buche, dass die Partei – wie erwähnt – in den Landtagen bzw. an den Regierungen im Osten Deutschlands und in Berlin nicht mit ideologischer, sondern pragmatischer Politik auffiel.

Der Kritik der Linken an der DDR folgt kein bedingungsloses Plädoyer für einen demokratischen Verfassungsstaat. Zwar erkannte die Partei Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit als Errungenschaften „moderner“ Gesellschaften an, stellte sie aber zur Disposition einer sozialistischen Strategie. Die „Demokratisierung“ der Staatsordnung, die Die Linke heute wie einst Lenin für die bürgerliche Demokratie fordert, soll genau dies bewerkstelligen. Wenn Oskar Lafontaine behauptet, das repräsentative System habe versagt, weil es die Interessen der Mehrheit nicht mehr berücksichtige, trifft er den Kern des Demokratieverständnisses der Linken. Die Partei wähnt sich in der exklusiven Lage, die Existenz dieser Mehrheitsinteressen zu erkennen, die von den demokratischen Institutionen gerade an ihrer politischen Entfaltung gehindert würden. Wer die Interessen einer angeblichen Mehrheit verabsolutiert, vernachlässigt die (legitimen) Interessen der Minderheit. Daraus spricht eine Auffassung, die Demokratie mit einem unabänderlichen Gemeinwillen identifiziert und nicht als Entscheidungsprinzip und Normengefüge einer freien und pluralistischen Gesellschaft.

Ohne Frage hat sich Die Linke von der Großideologie des Marxismus-Leninismus verabschiedet. Dies war 1989 das zentrale Motiv des „Erneuerer“-Flügels der SED/PDS. Heute scheut sich in der Partei, von den Protagonisten kommunistischer Orthodoxie abgesehen, niemand mehr, die DDR eine Diktatur zu nennen. Die Kritik der Linken an – anti-demokratischen – „Stalinismus“ hat allerdings apologetische Funktion: Denn es geht der Partei darum, den Kommunismus als „demokratisch“ zu verteidigen (Korte 2009). Anti-Kommunismus lässt die Partei folgerichtig nicht gelten. Sie sieht darin das Instrument einer gegnerischen Ideologie, nicht eine Einstellung, die jeden Demokraten ebenso auszeichnet wie Anti-Rechtsextremismus. Anknüpfend an den Revisionismusstreit des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat sich Die Linke gegen Eduard Bernstein und für Rosa Luxemburg entschieden. Zwar ruft heute in der Partei niemand mehr – wie einst die Kommunistin – zum Umsturz auf. Doch das revolutionäre Moment in der Strategie der Partei ist unverkennbar. Selbst die Reformer ließen keinen Zweifel daran, dass ihre immer wieder

geforderte „Transformation der Gesellschaft“ zwar innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates ansetzt, aber auch über ihn hinausweist. Sie erachteten lediglich das orthodox-kommunistische Warten auf den revolutionären Umschlag für unrealistisch. Rosa Luxemburgs Vorstellung „radikaler Realpolitik“ stand unverkennbar Pate. Reformen innerhalb des demokratischen Systems sollten nicht dazu beitragen, dieses zu verbessern, sondern am Ende eine neue, sozialistische Gesellschaft hervorbringen (Brie 2009). Als Mittel zu diesem Zweck fungierte nicht mehr der orthodox-marxistische Kassenkampf, sondern – analog zur neokommunistischen Strategie Antonio Gramscis – die Erlangung „kultureller Hegemonie“ (Brie und Brie 1997: 123).

In organisatorischer Hinsicht ist Die Linke auf den ersten Blick eine normale Partei. Der in der Satzung verankerte Pluralismus kann als Ausweis innerparteilicher Demokratie gelten. Allerdings umfasst diese Vielfalt keineswegs allein Demokraten. Kommunistische bzw. radikallinke Gruppierungen wie AKL, die KPF oder die SL werden nicht bloß geduldet, sondern genießen auch Privilegien. Die an der Arbeiterklasse orientierte SL bietet revolutionären Trotzisten ein Forum und hält an der Utopie einer anderen Gesellschaft fest (Sozialistische Linke 2006). Entschiedener hatte sich stets die KPF der Systemüberwindung verschrieben. Nach wie vor sieht sie die DDR prinzipiell als Vorbild einer künftigen Gesellschaft. Protagonisten der KPF sind wichtige Kräfte im Netzwerk der AKL. Diese Strömung steht für eine „gesellschaftliche Alternative“ unter kommunistischen Vorzeichen (Antikapitalistische Linke 2006).

Die offensichtliche Gegnerschaft der Linken zur liberalen Demokratie hat innerhalb der sogenannten Neuen Rechten Überlegungen zu einer „Querfront“ zwischen den ideologischen Antipoden wachgerufen. Diese rechtsextremistische Denkschule um Götz Kubitschek, Björn Höcke, Jürgen Elsässer und die Identitäre Bewegung (IB) ist ins Zentrum der nach mehreren Häutungen radikalisierten AfD gerückt. In der Tat teilen beide Parteien verschiedene Haltungen: Erstens Antiamerikanismus und, damit verbunden, eine Parteinahme für zum Teil dieselben autori-

tären Regime. Zweitens Antiliberalismus, den die AfD allerdings für den ökonomischen, Die Linke für den zivilgesellschaftlichen Bereich ausschließt, weil sie darin ein Widerstandspotential erkennt. Drittens eint beide Seiten der Kampf gegen „Finanzkapital“ und „Profit ohne Arbeit“, ein Motiv, das aufseiten der Linken ideologieprägend ist, während die AfD keinen fundamentalen Antikapitalismus vertritt. Genau umgekehrt verhält es sich – viertens – mit der beiderseits gehegten Aversion gegen transnationale Organisationen wie die EU. Hier positioniert sich die AfD auf einem nationalistischen, die Souveränität Deutschlands betonenden Fundament, das teilweise Züge eines ausgrenzenden Kulturrassismus annimmt. Dagegen vertreten vor allem fundamentalistische Teile der Linken lediglich einen sekundären, strategisch motivierten Nationalismus, den bereits Lenin predigte: Gesellschaftliche Veränderungen seien auf nationaler Ebene leichter zu bewerkstelligen.

Eine „Querfront“ wird Wunschenken bleiben. Zwar verbindet beide Seiten eine Art Krisenidentität, die sich unter anderem in einer gemeinsamen pro-russischen und anti-globalistischen Haltung manifestiert. Doch kommen die ohnehin spärlichen Avancen nur von rechts. Zudem sind die ideologischen Unterschiede und Vorbehalte (vor allem der Linken gegenüber der AfD) größer als die eher oberflächlichen Gemeinsamkeiten. Schließlich zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass alle Versuche, Sozialismus und Nationalismus dauerhaft zu verbinden, längerfristig scheiterten. Der rechte und der linke politische Rand waren meist ausschließlich darauf aus, einander zu instrumentalisieren, also den ideologischen Widerpart auf die eigene Seite zu ziehen. Der neurechte Vordenker Oswald Spengler etwa wollte die Linksextremisten zu Zeiten der Weimarer Republik mithilfe der Gegnerschaft zum Kapitalismus als ‚Ausbund westlichen Liberalismus‘ und ‚Individualismus‘ bekehren: „Der Sinn des Sozialismus ist [...] Freiheit von der wirtschaftlichen Willkür des Einzelnen.“ (Spengler 2016: 100). Umgekehrt versuchten Teile der äußersten Linken, die Rechtsextremisten mit nationalistischen Positionen zu überzeugen. Beides funktionierte nur in Einzelfällen.

Ideologische Einordnung

Gerade der Antikapitalismus garantiert der Linken die Abgrenzung gegenüber allen anderen Bundestagsparteien, die sie allesamt ins Lager des „Neoliberalismus“ verweist. Diese Frontstellung bestimmt das ideologische Minimum des Linksextremismus (Lang 2012: 11–13). Der Kern linksextremistischen Denkens liegt in dem strikten und allumfassenden Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Während linke Demokraten mit Kapitalismus ein Wirtschaftssystem anprangern, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse, sehen linke Extremisten darin ein Herrschaftssystem, das nur einen Zweck erfüllt, nämlich die Profite der „Kapitalisten“ zu sichern und zu vermehren, und das es deshalb zu beseitigen gelte. Für sie ist „Kapitalismus“ eine Pauschalbezeichnung für ganz unterschiedliche Formen der Gesellschaft. So rubrizieren Linksextremisten zum einen sowohl Diktaturen (wie den Nationalsozialismus) als auch Demokratien (wie die der Bundesrepublik) unter den Kapitalismusbegriff. Zum anderen blenden sie

„die offensichtlichen Interessenkonflikte zwischen Akteuren auf dem Finanz- und Kapitalmarkt [...] und gegenläufigen im politischen System einer pluralistischen Gesellschaft [...] weitgehend aus“ (Hüllen 2009: 54).

Die Offenheit einer freien Gesellschaft, in der alle, auch nicht am Profit orientierten gesellschaftlichen Interessen die Chance haben, politisch wirksam zu werden, wird ignoriert. Differenzierungen sind Linksextremisten auch in ökonomischer Hinsicht fremd: Die soziale – keineswegs rein kapitalistische – Marktwirtschaft wird ebenso verteufelt wie linksdemokratische Kräfte (etwa SPD und Grüne) entsprechend als Erfüllungsgehilfen des Kapitals dastehen.

Diese kategorische Sichtweise erfüllt einen ideologischen Zweck, und zwar auf dreierlei Weise: Erstens propagieren Linksextremisten eine Totalität des Kapitalismus, um einen Systemgegensatz konstruieren zu können: Die als „kapitalistisch“ gebrandmarkte Demokratie soll möglichst im Weltmaßstab abgelöst werden durch eine „sozialistische“

Gesellschaft. Zwischen beiden Systemen gibt es aus linksextremistischer Sicht keine Überschneidungen; sie schließen einander aus. Zweitens generieren Linksextremisten ein Alleinstellungsmerkmal: Nur sie selbst seien wahrhaft „antikapitalistisch“. Alle anderen – auch linken – politischen Kräfte werden somit unterschiedslos als Gegner abqualifiziert. Diese Konstruktion eines kruden Feindbildes ist der dritte ideologische Zweck: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die quasi-religiöse Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“ ist für Linksextremisten konstitutiv. Solche Immunisierungsstrategien machen blind für Gegenargumente.

Auch in der Linken gehört es zum guten Ton, die „Systemfrage“ zu stellen. Im 2011 in Erfurt verabschiedeten Grundsatzprogramm ist an mehreren Stellen von einem „Systemwechsel“ und von einem gegen „den Kapitalismus“ gerichteten, anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Rede. Da der Kapitalismus offenkundig als Herrschaftssystem firmiert, machen die propagierten Veränderungen vor den Strukturen einer Demokratie nicht halt. So forderte der Cottbusser Parteitag 2008 „die Frage nach den Regeln des [gesellschaftlichen] Systems zu stellen und über das bestehende System hinauszugehen“ (Die Linke 2008). Bewusst vereinnahmte sie extremistische Kräfte für ihre Strategie, etwa auf sogenannten „offenen Listen“ zu Bundestags- und Landtagswahlen. Führende Reformer wie Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow nannten einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der dogmatisch-kommunistischen DKP absurd. Die Öffnung ihr gegenüber wurde nur aus Imagegründen bzw. aus strategischen Erwägungen gestoppt: Ein Mitte-Links-Bündnis mit SPD und Grünen versprach den „Realos“ in der Linken – über den Umweg einer Regierungsbeteiligung – mehr gesellschaftlichen Einfluss und den falschen Segen demokratischer Läuterung innerhalb des arrivierten Parteiensystems.

Strategische Einordnung

Wer der Geschichte von PDS und der Linken auf das Verhältnis zur SPD reduziert, wird nach 1994 – damals brach der Bann, die Postkommunisten an Landesregierungen im Osten zu beteiligen – keinen großen

Wandel feststellen. Beide Parteien sind nach wie vor hin- und hergerissen zwischen Abgrenzung und Vereinnahmung, wobei sich die Waage zuletzt auf die erste Seite neigte. Der Zwiespalt der Linken ergibt sich aus den unterschiedlichen Haltungen der beiden großen ideologischen Lager zur Frage der Kooperation. Die von-oben-Strategie der „Realos“ bestand angesichts der überaus entgegenkommenden Politik zusammen mit der regierenden SPD den Praxistest nicht. Die Überlegung der Reformer, die SPD von links unter Druck zu setzen, blieb Theorie und war Wasser auf den Mühlen der „Fundis“. Deren ideologisch durchtränkte Position, die sich „an die Rolle der parlamentarischen Protestpartei und die Kritik des sozialdemokratischen Verrats klammert“ (Institut Solidarische Moderne 2017: 4), stempelte die SPD kompromisslos zum Gegner. Der Zwiespalt der SPD wiederum kommt in einer impliziten – manchmal auch expliziten – Zwei-Parteien-Theorie zum Ausdruck, die besagt: Die PDS und Die Linke sind im Westen und im Osten derart unterschiedlich, dass man mit ihr hier koalieren kann, während man sie dort und im Bund von den Regierungsbänken fernhält. Oberflächlich besehen kann man diese Theorie teilen. Wer tiefer blickt, muss freilich erkennen, dass die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Parteiflügel – sie können durchaus den östlichen bzw. westlichen Landesverbänden zugeordnet werden – größer sind als die Unterschiede. Keines der ideologischen Lager möchte das andere aus der Partei drängen.

Als zur (Jahres-)Wende 1989/90 aus der SED die PDS wurde, war das Schicksal der ehemaligen Staatspartei der DDR keineswegs besiegelt. „Schließlich ist die SED durch den Verlauf der Revolution in gewisser Weise ‚rehabilitiert‘ worden“ (Jesse und Lang 2012: 214). Die PDS schaffte es erfolgreich, sich als Teil des demokratischen Aufbruchs zu inszenieren und wurde gerade aufseiten der Bürgerrechtler vielfach so wahrgenommen. Doch vor allem die Sozialdemokraten unter ihnen – sie gründeten die SDP in der DDR – erwiesen sich nicht zuletzt aus historischen Gründen als scharfe Gegner der PDS, der sie eine demokratische Läuterung nicht abnahmen. Die Distanz bewahrte die SPD noch 1994 in der vom damaligen Vorsitzenden Rudolf Scharping und Protagonisten der Ost-

SPD unterzeichneten „Dresdner Erklärung“. Das sogenannte „Magdeburger Modell“ Reinhard Höppners, dem SPD-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, war insofern ein Versuch, aus dem Dilemma zwischen Koalitionsverbot und Regierungswillen auszubrechen: Er ließ sich in dem Bundesland acht Jahre lang von der PDS tolerieren. Den Vorstoß des mecklenburg-vorpommerschen Landesvorsitzenden Harald Ringstorff im selben Jahr, ein regelrechtes Regierungsbündnis mit der PDS einzugehen, blockte die SPD-Zentrale ab. Mitte der 1990er Jahre gelang es der PDS, die Isolation Stück für Stück aufzubrechen, nicht zuletzt, weil sie sich in Sachsen-Anhalt als pflegeleichter Partner erwiesen hatte – obwohl ihre Handschrift im „Magdeburger Modell“ nach außen hin unkenntlich blieb.

Ohne Not startete Wolfgang Thierse 1996 eine Initiative zur teilweisen Öffnung gegenüber den Postkommunisten. Sein Papier plädierte für eine Kooperation mit der von „regionalen Interessen“ geprägten Partei in Ostdeutschland. Der damalige SPD-Vize gab seiner Partei damit den – nur anfangs heftig umstrittenen – Türöffner für inzwischen eine ganze Reihe rot-rot-(grün)er Regierungsbündnisse mit der Linken im Osten in die Hand. Ende 2014 schlüpfte die SPD in der von der Linken geführten rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen in die Rolle eines Juniorpartners.

„Die Formulierung, die auch in den Koalitionsvertrag einfloss, die DDR sei, in der Konsequenz ein Unrechtsstaat‘ gewesen, hatte [...] Die Linke augenscheinlich nur deshalb akzeptiert, weil sie die Wahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten ermöglichen wollte“ (Jesse 2015: 106 f.).

Auch Ramelow ursprünglicher Plan, den Verfassungsschutz abzuschaffen, scheiterte im Vorfeld an der SPD. Ramelow selbst inszenierte sich mehr als Landesvater denn als Linker, was an der Parteibasis Unmut hervorrief: Die Linke „drohe, eine ihrer wichtigsten Wählerklientel zu vergessen: sozial Schwache und Langzeitarbeitslose“ (Haak 2015).

Ob sich Die Linke auch im Westen im Falle einer Regierungsbeteiligung mit pragmatischer Politik hervorgetan hätte, bleibt Spekulation. Bei der hessischen Landtagswahl überwand sie im Januar 2008 knapp die Fünf-Prozent-Hürde. „Da die FDP nicht mit der SPD und den Grünen eine Koalition bilden wollte, rückte die Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, der Rückendeckung ihres Bundesvorsitzenden Kurt Beck sicher, von den energisch und mehrfach vorgetragenen Versprechen vor der Wahl ab, sich nicht durch Die Linke tolerieren zu lassen“ (Jesse und Lang 2012: 227). Ypsilanti hatte also den Grundsatz der SPD über Bord geworfen, Bündnisse mit der Linken verböten sich im Westen. Vier SPD-Abgeordnete legten allerdings ihr Veto ein. Sie verhinderten die Wahl Ypsilantis: Die Linke sei demokratisch unzuverlässig. Das Ergebnis der Neuwahlen 2009, bei denen die SPD mit einem Minus von 13,0 Punkten abgestraft wurde, machte ein Linksbündnis in Hessen unmöglich – obgleich sowohl Sozialdemokraten als auch Grüne massiv darauf hingearbeitet hatten. 2010 war in Nordrhein-Westfalen die kurzlebige rot-grüne Minderheitsregierung unter der SPD-Politikerin Hannelore Kraft auf Stimmen aus der Opposition angewiesen. Die Linke, der Kraft im Vergleich zu Ypsilanti weitaus skeptischer gegenüberstand, rückte in die Rolle des Mehrheitsbeschaffers. Das damit verbundene Drohpotential beabsichtigte der ebenso wie die hessische Linke streng nach links gebürstete nordrhein-westfälische Landesverband nicht ungenutzt zu lassen. Zupass kam der Fraktion dabei, dass zunächst Enthaltungen genügten, um Kraft zur Ministerpräsidentin zu wählen und den Haushalt durchzuwinken. Recht schnell geriet die Fraktion bei den anderen Oppositionsparteien und intern in den Ruf, rot-grüne Gesetzesvorhaben einfach abzunicken. Erst als die Regierungsparteien Neuwahlen ins Spiel brachten, wendete sich das Blatt. Die Linke tat sich nun leichter, die oppositionelle Flagge zu zeigen. Zwar kann aus der Tolerierung der Minderheitsregierung nicht abgeleitet werden, wie sich ein westlicher Landesverband der Linken in direkter Regierungsverantwortung verhalten wird. Allerdings war an Rhein und Ruhr der Druck der Partei auf die Fraktion erheblich größer als bislang im Osten, notfalls die Oppositionsrolle vorzuziehen.

Auf Bundesebene lavierte die SPD nicht und lehnte im Zuge sämtlicher Bundestagswahlen eine Koalition mit PDS bzw. der Linken stets entschieden ab. Zwar blitzten in jüngster Zeit, zum Beispiel im Wahljahr 2009, angesichts verheerender Niederlagen der Sozialdemokraten hin und wieder Gedanken an eine rot-rot-grüne Koalition im Bund auf. Sie zerstoßen jedoch, sobald sich die SPD in Umfragen oder auf Länderebene wieder erholte. Nach dem neuerlichen Einbruch bei der Bundestagswahl 2013 begrub die SPD auf ihrem Leipziger Parteitag alle Überlegungen zu einem solchen Bündnis – sehr zur Frustration der entschiedenen Befürworter von „R2G“, wie man die Konstellation apokryph nannte: „Beide Seiten, sowohl Die Linke als auch die SPD pflegten ihr pathologisches Verhältnis weiter wie eh und je“ (Hoff 2017: 74). Vor allem Die Linke sollte sich angesprochen fühlen, bei der die Distanz zu Rot-Rot-Grün im Bund von Jahr zu Jahr wuchs. Selbst die Reformer schwenkten auf fundamentalistische Positionen ein. Michael Brie präsentierte im Sommer 2016 Argumente, die allen Gedankenspielen mit einem solchen Bündnis den Boden entzogen. Gegenwärtig sei „kein Richtungswechsel möglich“, schrieb der Reform-Theoretiker.

„Es ist nicht anzunehmen, dass die Partei [...] unter den gegebenen Bedingungen in einer Bundesregierung viel mehr erreichen würde als aus der Opposition. Die Erfahrungen der Beteiligung an Regierungen auf Landesebene unter Bedingungen, wo Die Linke nicht den Ministerpräsidenten stellt, weisen darauf hin, dass der Anpassungs- und Konformitätsdruck hoch ist“ (Brie 2016: 8).

Die Kräfte in der SPD und den Grünen, „die von der Notwendigkeit und Möglichkeit eines Richtungswechsels überzeugt sind [...] sind schwach“, die Sozialdemokraten „sehr weit von einer Linksorientierung entfernt“ (ebd.).

Nur unwesentlich grundsätzlicher hatten in der Vergangenheit die Orthodoxen in der Partei argumentiert. Das passte zu der realistischen, aber aus Sicht der Linken wenig optimistischen Feststellung der beiden Parteichefs, es gebe „kein linkes Lager“ (Kipping und Riexinger 2016). Höhns

Strategiepapier war deshalb im Parteivorstand durchgefallen, weil es sich zu stark auf ein rot-rot-grünes Bündnis fokussiert hatte (Riel 2017d).

Die Kanzlerkandidatur von SPD-Mann Martin Schulz verschaffte den „R2G“-Befürwortern in der Linken Aufwind. Allerdings herrschte innerhalb der Partei Uneinigkeit, ob sich die Chancen auf Rot-Rot-Grün im Bund nun gebessert haben oder nicht. Allgemein überwog Skepsis – selbst beim FDS. Eine mögliche rechnerische Mehrheit bedeute noch lange keinen „wirklichen Politikwechsel“. Schulz' Positionen seien trotz seines angekündigten Linksschwenks „von einer wirklichen Umverteilung [der Vermögen] von oben nach unten“ noch weit entfernt (Riel 2017a). Das mussten die Reformer damals so sagen, hatten sich doch mit dem Schulz-Effekt die Umfragewerte für Die Linke – wie sich zeigen sollte: vorübergehend – verschlechtert. Bei einem drastischen Linksschwenk der SPD hätte Die Linke ihr Alleinstellungsmerkmal der Anti-Agenda-Partei verloren (Strohschneider 2017).

Grundsätzlicher äußerten sich die Linksausleger in der Partei, die von einer neoliberalen Volte des SPD-Spitzenkandidaten sprachen. Die SL plädierte für die Beibehaltung der strikten Abgrenzung „von den Kräften, die für die zunehmenden sozialen Spaltungen [...] mit verantwortlich sind“ (Sozialistische Linke 2017) und warnte davor, von einem linken Lager zu sprechen. Sahra Wagenknecht rammte umgehend Pflöcke ein: Eine Beteiligung der Linken an „R2G“ im Bund gebe es nur bei Abschaffung von „Hartz IV“ und dem Verbot von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Der Wahlparteitag der Linken in Hannover zog im Juni 2017 die von Wagenknecht vorgezeichneten Haltelinien noch einmal nach. Dies fiel umso leichter, weil die SPD in den Umfragen inzwischen wieder deutlich abgesackt war und Rot-Rot-Grün keine Mehrheit zu erwarten hatte. Im Wahlprogramm zeigte sich Die Linke zwar „grundsätzlich offen für eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen, baut aber zugleich hohe Hürden für ein solches Bündnis auf“ (Riel 2017b). Sie machte die Wiedereinführung der Vermögensteuer und des Verbot von Kampfeinsätzen der Bundeswehr zur Bedingung. Hintertürchen blieben allerdings offen, allein schon wegen des beliebig interpretierbaren Begriffs „Kampfeinsatz“.

Das ausbalancierte Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2017

Das von Oskar Niedermayer nach der Bundestagswahl 2005 treffend beschriebene fluide Fünfparteiensystem (Niedermayer 2008) hat sich zu einem Sechsparteiensystem aufgefächert. Wer das Rechts-Links-Schema anlegt, muss feststellen: Die AfD hat die Symmetrie wiederhergestellt, die durch Die Linke seit 1990 in Schiefelage geraten war: Die extrem linke Kraft hat nun einen extrem rechten Gegenpol. Die Anti-System-Attitüden beider Parteien (die Parlamentarismuskritik etwa weist deutliche Parallelen auf) lassen vereinzelt die Sorge vor einem „Weimar light“ hochkommen (Falter 2017). In Anbetracht der ideologischen Vorbehalte aufseiten der Linken (weniger der AfD) dürften diese Befürchtungen allerdings unbegründet sein. Die Linke wird sich davor hüten, den Anschein zu erwecken, mit der AfD zu stimmen. Unter den Bedingungen einer Jamaika-Koalition hätte der Partei als kleinster Kraft eine komplizierte Oppositionsrolle bevorgestanden.

„Strategisch wird es Die Linke in den kommenden Jahren schwer haben. Eingeklemmt zwischen der AfD und der SPD kann sie versuchen, beide zu überbieten oder mit der SPD auf der Basis gemeinsamer Grundwerte an der Bildung von Projekten zu arbeiten“ (Hoff 2017: 89).

Beide Alternativen waren nicht sonderlich realistisch. Der Überbietungswettbewerb wäre sicherlich weitergegangen – aber nur mit der SPD. Die AfD zu überbieten würde zunächst darauf hinauslaufen, den zugleich populistischen wie strategisch gesehen realistischen Kurs Sahra Wagenknechts in der Flüchtlingsfrage zur Generallinie zu erheben – was nicht einmal in Ansätzen gelingen dürfte. Eine Zusammenarbeit mit der SPD in der Opposition wäre ebenso utopisch gewesen. Es gibt, anders als an der Regierung, keinen Zwang. Einschlägige Projekte außerhalb der Parlamente, wenigstens die linken Flügel von SPD und Grünen mit der Linken in gemeinsamen Projekten zusammenzuführen, blieben aussichtslos. Daran wird – den Rufen nach einer linken Sammlungsbewegung zum Trotz – auch die Neuaufgabe der Großen Koalition nichts ändern.

Die großen Erkenntnisse der Bundestagswahl 2017, das fortschreitende Abschmelzen der großen Parteien zugunsten der kleineren und, damit zusammenhängend, die politische oder rechnerische Blockade von Lagerkoalitionen, sind für Die Linke keine guten Botschaften. Zum einen bescherten ihr die Verluste von Union und SPD nur mäßige Zuwächse, während hauptsächlich FDP und AfD davon profitierten. Zum anderen ist die auch politisch immer unbeliebtere rot-rot-grüne Option unerreichbar geworden. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 hätte das „R2G“-Bündnis lediglich eine knappe Mehrheit vereint, 2017 war es davon weit entfernt. Doch selbst wenn es gereicht hätte: Die Mehrheit jenseits von Union und FDP existiert allenfalls als Planspiel. Im Bewusstsein eine rot-rot-grüne Regierung zu bekommen, würden zahlreiche Wähler vermutlich von einem Kreuz bei SPD oder Grünen absehen.

5. Herausforderungen

Die Herausforderungen für Die Linke sind naturgemäß andere als die Herausforderungen durch Die Linke. Die Partei befindet nach den Bundestagswahlen in keiner komfortablen Position. Drei Faktoren tragen maßgeblich dazu bei: die fehlende Machtperspektive innerhalb des politischen Systems, der wachsende Einfluss des fundamentalistischen Lagers in einer gegenüber der Parteiführung erstarkten Fraktion, schließlich der Vorstoß in neue Wählerschichten. Diese Faktoren bedingen einander.

Die Linke ist im Bundestag hinter AfD und FDP auf Platz drei der Oppositionsparteien zurückgefallen, was ihr nach außen hin ein Aufmerksamkeitsdefizit beschert. Das wäre vor allem unter den Bedingungen einer Jamaika-Koalition – mit der SPD als direkter Konkurrentin innerhalb der Opposition – schwierig geworden. Kompensieren kann sie das Defizit, indem sie die anderen Parteien mit abgrenzenden, radikaleren Konzepten übertönt. Angesichts der verstärkten Westdominanz der neuen „Linksfraktion“ ist das auf den ersten Blick kein Problem. Diese Taktik dürfte ihr gegenüber einer SPD in Regierungsverantwortung – also ohne drohenden Linksschwenk – eher gelingen.

Gegenüber der AfD wird sich Die Linke als scharfe ideologische Gegnerin hervortun. Doch lauern hier mehrere Fallen: Wie wird Fraktionschefin Wagenknecht in Debatten um Zuwanderung, Flüchtlinge und Integration argumentieren? Auch in anderen Haltungen – etwa zur Globalisierung, zu Russland und zum Finanzkapitalismus – dürfte die Abgrenzung gegenüber der Rechtsaußenpartei schwer fallen. Seit die AfD im Bundestag sitzt, läuft Die Linke in Gefahr, sich auf dünnes Eis zu begeben. Das Erstarren radikaler Kräfte trägt, anders als es vordergründig scheinen mag, nicht unbedingt zu einem eigenständigen Kurs gegenüber der AfD bei.

Die extremistische Grundierung der Linken hatte in der Vergangenheit zwar Protest mobilisiert, konnte aber über einen ideologisch gefestigten Kern hinaus kaum Wähler dauerhaft an die Partei binden. Mit der Bundestagswahl 2017 ist offensichtlich eine Trendumkehr eingetreten:

Die Proteststimmen sind (vor allem im Osten) in beachtlichen Größenordnungen zur AfD abgewandert, während Die Linke (vor allem im Westen) in ein Klientel vorstieß, das möglicherweise aus einem links-liberal und ökologisch orientierten Bildungsbürgertum besteht und nichts mit im Grunde heimatlosen Protestwählern zu tun hat. Sollte das so sein, stünde Die Linke vor einem doppelten Dilemma: Ihr eher gemäßigtetes Auftreten im Osten schadet ihr im Wettbewerb mit der AfD um die Stimmen der Enttäuschten, während ihr eher radikales Auftreten im Westen kaum der Grund für den Vorstoß in neue Wählerwelten gewesen sein dürfte. Die Reformer der Linken haben gewohnt weitsichtig erkannt, dass dieses ungewohnte Potential – Michael Brie und Mario Candeias nennen es „solidarische Mitte“ – nicht ohne Weiteres längerfristig für die Partei gewonnen werden kann. Die beiden Parteistrategen kalkulieren mit einer weiteren Erosion der „bedrohten Mitte“, also der sozialen Unterschichten, unter den Linken-Wählern. Deshalb wollen sie die Neueroberungen nachhaltig für die Partei erschließen. Die Linke müsse sich zu einer „Linken plus“ erweitern, um zum Fixpunkt der „gesellschaftlich wenig verankert[en] solidarischen Mitte“ zu werden. Brie und Candeias greifen dabei auf das von der PDS bekannte Rezept „offener Listen“ zurück:

„Die wichtigsten Stimmen der sozialen, der ökologischen, der migrantisches, der feministischen Linken, von Bewegungen aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich, aus Bildung und für eine den Lebensstandard sichernde Rente gehören auf diesen Listen in die Parlamente“ (Brie und Candeias 2017).

Noch ist das graue Theorie, die die auf die Arbeiterklasse fixierten Strömungen in der Partei nicht ohne weiteres teilen werden. Andere Stimmen fordern die Rückbesinnung auf alte PDS-Tugenden und eine auf die neuen Länder zugeschnittene Politik. Der Abschied vom Osten wird ein langer sein.

Die Herausforderungen durch Die Linke sind nicht geringer geworden, auch wenn die Partei auf absehbare Zeit als potentieller Machtfaktor ausgefallen ist. Der langfristige, mit der Fusion vor über zehn Jahren begonnene Trend der Radikalisierung ist fortgeschritten. Der enge Spielraum der Bundestagsfraktion, ohnehin Bastion fundamentalistischer Attitüden, wird diesen Trend weiter verschärfen. Die AfD durchlief zuletzt eine ähnliche Entwicklung. Im Parlament kristallisieren sich zwei antiliberalen, antikonstitutionellen, in Teilen antidemokratischen Pole heraus – und damit neben dem institutionalisierten Konflikt zwischen Regierung und Opposition ein normativer zwischen Demokratie und Extremismus. Auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass Linke und AfD ostentativ „gemeinsame Sache“ gegen das demokratische „System“ machen: Es muss Aufgabe aller demokratischen Parteien unbeschadet ihrer politischen Ausrichtung sein, diesen Gegensatz zu verdeutlichen. Andernfalls nähme der antidemokratische Konsens, der mit der weitgehenden Exkulpation der Linken ohnehin in Schieflage geraten ist, immensen Schaden. Dieser Konsens könnte sich durch den vom gemeinsamen Kampf aller anderen Parteien gegen die AfD in Richtung eines „antifaschistischen“ Konsenses verschieben und so zur weiteren Exkulpation der Linken beitragen.

6. Literaturverzeichnis

AfD-Bundesvorstand (2016). AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017 Manuskript, 22. Dezember 2016.

Antikapitalistische Linke (2006). Für eine antikapitalistische Linke. Manuskript, März 2006.

Bereich Strategie und Grundsatzfragen DIE LINKE (2017). Wahlkampfbericht zur Bundestagswahl 2017, Manuskript, 27. September 2017.

Brie, André und Michael Brie (1997): „Die Demokratisierung der Demokratie wagen!“, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 123–138.

Brie, Michael (2003). Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Brie Michael (2009) (Hrsg.). Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin: Dietz.

Brie, Michael (2016). „Für eine Politik des ‘Dritten Pols’“, in: Neues Deutschland vom 21. August 2016.

Brie, Michael und Mario Candeias (2017). „Auswege aus der Zehn-Prozent-Nische“, in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 2017.

Die Linke (2008). Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Beschluss des 1. Parteitages am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, Manuskript.

Die Linke (2016). Hoffnung statt Angst! Strategie der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017 – Beschluss des Parteivorstandes, Manuskript, 3. Dezember 2016.

Die Linke (2017a). Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle, Programm zur Bundestagswahl 2017, Berlin.

Die Linke (2017b). Formulierungsvorschläge zu unseren Themen, Manuskript o. D.

Draeger, Hannes (2017). „Wo die AfD unter fünf Prozent blieb“, in: *marx21*, 3/2017, S. 26–29.

Falter, Jürgen W. und Markus Klein (1994). „Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44. Jg., Nr. 51–52, S. 22–34.

Falter, Jürgen W. (2017). „Weimarer Verhältnisse? Wie viel NSDAP steckt in der AfD?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Juni.

Frielinghaus, Jana (2017). „Kabale und Linke“, in: *Junge Welt* vom 19. Oktober.

Gerth, Michael (2003). Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten, Hamburg: Dr. Kovač.

Gysi, Gregor (2012). „Wichtig für die Menschen“, in: *Disput*, Juni 2012, S. 20–29.

Gysi, Gregor (2017). „Links ist an der Seite der Schwachen“, in: *Neues Deutschland* vom 28. September 2017.

Haak, Sebastian (2015). „Demokratische Zentralmacht“, in: *Neues Deutschland* vom 16. November 2015.

Hagen, Kevin (2017). „Sahra Croft“, in: *Spiegel online* vom 13. Januar.

Haller, André (2017). „Klick-Populismus: AfD und Die Linke gewinnen Facebook-Wahlkampf“, in: Mario Voigt, Ralf Güldenpof und Jan Böttger (Hrsg.): *Wahlanalyse 2017, Strategie. Kampagne. Bedeutung*, Berlin: Epubli, S. 253–277.

Hilmer, Richard (2010). „Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 41. Jg., Nr. 1, S. 147–180.

Hoff, Benjamin-Immanuel (2017). „Vorerst verschlossenes Zeitfenster für Rot-Rot-Grün“, in: Mario Voigt, Ralf Güldenpof und Jan Böttger (Hrsg.): *Wahlanalyse 2017, Strategie. Kampagne. Bedeutung*, Berlin: Epubli, S. 70–89.

Höger, Inge (2016). Soll die Linke regieren – mit wem und für was?, Manuskript, 5. Dezember 2016.

Höhn, Matthias (2016). Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017, Manuskript, 10. September 2016.

Hüllen, Rudolf van (2009). „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Infratest dimap (2017): Deutschland vor der Wahl 2017. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Wahlberechtigten in Deutschland vor der Bundestagswahl am 24. September. Durchgeführt im Auftrag der ARD, Berlin: Infratest dimap.

Institut Solidarische Moderne (2017). Links bleibt alles noch zu beginnen. Thesen des ISM nach der Bundestagswahl und erster Aufruf für einen Crossover-Kongress in 2018, Berlin: ISM.

Jesse, Eckhard (2009). „Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus“, in: Uwe Backes,

Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden: Nomos, S. 13–31.

Jesse, Eckhard (2014). „Die Linke als dritte Kraft? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategie, Wahlergebnis“, in: ders. und Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden: Nomos, S. 231–254.

Jesse, Eckhard (2015). „Wahlen 2014“, in: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 27, Baden-Baden: Nomos, S. 97–113.

Jesse, Eckhard (2017). „Nach 27 Jahren deutscher Einheit: vereint und doch gespalten“, in: Mario Voigt, Ralf Güldenpopp und Jan Böttger (Hrsg.): Wahlanalyse 2017, Strategie. Kampagne. Bedeutung, Berlin: Epubli, S. 53–69.

Jesse, Eckhard und Jürgen P. Lang (2012). Die Linke – eine gescheiterte Partei? München: Olzog.

Kahrs, Horst (2017). Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kipping, Katja und Bernd Riexinger (2016). Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Vorschläge für eine offensive Strategie die Linken, Manuskript, 24. April 2016.

Korte, Jan (2009). Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik, Berlin: Dietz.

Küpper, Mechthild (2017). „Auf dem Weg zur Sekte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juni 2017.

Lafontaine, Oskar (2017). „Wenn Flüchtlingspolitik soziale Gerechtigkeit außer Kraft setzt“, in: Neues Deutschland vom 27. September 2017.

Länderrat der Antikapitalistischen Linken (2017). Klatsche für die Regierung, Aufschwung der Rechten und ungenutztes Potential der LINKEN. Stellungnahme zur Bundestagswahl 2017. Manuskript, 5. Oktober 2017.

Lang, Jürgen P. (2009). „Heilige Rosa? Die Luxemburg-Rezeption in der Partei 'Die Linke'“, in: Deutschland Archiv, 42. Jg., Nr. 5, S. 900–907.

Lang, Jürgen P. (2010). „Akzeptanz trotz extremistischer Tendenzen? Wahlerfolge, Wahlkampf und Politik der Linken“, in: Eckhard Jesse und Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden: Nomos, S. 257–278.

Lang, Jürgen P. (2012). Für eine bessere Welt: Linksextremistische Argumentationsmuster, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Lang, Jürgen P. (2014). „Biographisches Porträt: Diether Dehm“, in: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 188–204.

Lang, Jürgen P. (2017). Sahra Wagenknecht. Links oder rechts? Populistisch oder ideologisch? Demokratisch oder extremistisch?, in: <http://www.txt.extremismus.com/wagenknecht.pdf> (letzter Aufruf am 14. Oktober 2017).

Lohmeier, Thomas (2017). „Social Media wirkt“, in: Disput, September/Oktober 2017, S. 12.

Micus, Matthias (2007). „Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG“, in: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei.

Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185–237.

Nabert, Alexander (2017). „Wagenknechts Grenzöffnung“, in: *Jungle World* vom 19. Januar 2017.

Neu, Viola (2003). *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden: Nomos.

Neu, Viola (2006). *Analyse der Bundestagswahl 2005. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Neu, Viola und Sabine Pokorny (2017). *Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Niedermayer, Oskar (2006). „Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 37. Jg., Nr. 3, S. 523–538.

Niedermayer, Oskar (2008). „Das fluide Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2005“, in: ders. (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 9-35.

Riel, Aert van (2017a). „An Matin Schulz scheiden sich die Geister“, in: *Neues Deutschland* vom 7. März 2017.

Riel, Aert van (2017b). „Sollen wir's probieren?“, in: *Neues Deutschland* vom 12. Juni 2017.

Riel, Aert van (2017c). „Das Ende des Burgfriedens“, in: *Neues Deutschland* vom 18. Oktober 2017.

Riel, Aert van (2017d). „Höhn und Tiefen“, in: *Neues Deutschland* vom 10. November 2017.

Schoen, Harald und Jürgen W. Falter (2005). „Die Linkspartei und ihre Wähler“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 55. Jg., Nr. 51–52, S. 33–40.

Schroeder, Wolfgang, Bernhard Weißels, Christian Neusser und Alexander Berzel (2017). *Parlamentarische Praxis der AfD in den deutschen Landesparlamenten*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Sozialistische Linke (2006). *Realistisch und radikal*. Manuskript, August 2006.

Sozialistische Linke (2017). *Profil und Schwerpunkte der Sozialistischen Linken 2017*, Manuskript. 18. April 2017.

Spengler, Oswald (2016). *Preußentum und Sozialismus* (Original 1919), Berlin: Holzinger.

Strohschneider, Tom (2017). „Beim Starren auf den Phoenix“, in: *Neues Deutschland* vom 18./19. März 2017.

Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaider (2017). *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wagenknecht, Sahra (2013). „Ich würde Goethe gerne eine Frage stellen“, in: *Der Tagesspiegel* vom 9. März 2013.

Wagenknecht, Sahra (2017). „Merkels Politik hat die AfD groß gemacht“, in: *Stern* vom 15. Januar.

Wallrodt, Ines (2017). „Wagenknecht setzt sich durch“, in: *Neues Deutschland* vom 25. Oktober 2017.

Wehner, Markus (2010). „Antiimperialistische Front“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Januar 2010.

Weißmann, Karlheinz (2012). Soft power – sanfte, flexible, subtile Macht, in: Sezession, 10. Jg., Nr. 48, S. 10–14.

Wittmer, Romana (2017). „Engagiert und kreativ“, in: Disput, September/Oktober 2017, S. 13–15.

Der Autor

Dr. Jürgen P. Lang ist Politikwissenschaftler. Er promovierte 2003 bei Eckhard Jesse und forscht über Parteien, politischen Extremismus und Ideengeschichte. Zur PDS und der Linken hat er zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt. Zuletzt beschäftigte er sich mit der Denkschule der Neuen Rechten und deren Einfluss auf die AfD. Lang arbeitet als leitender Redakteur bei BR24, der digitalen Nachrichtenplattform des Bayerischen Rundfunks in München.

Reihenübersicht

**Heft 1: Das Parteiensystem in Deutschland
ein Jahr nach der Bundestagswahl**

Karsten Grabow und Sabine Pokorny

ISBN 978-3-95721-445-4

**Heft 2: Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise.
Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017**

Torsten Oppeland

ISBN 978-3-95721-446-1

**Heft 3: Die SPD nach der Bundestagswahl 2017.
Raus aus der GroKo, rein in die GroKo**

Uwe Jun

ISBN 978-3-95721-447-8

**Heft 4: Die Aufsteiger.
Die Alternative für Deutschland**

Oskar Niedermayer

ISBN 978-3-95721-448-5

**Heft 5: Die Rückkehr.
Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017**

Tobias Montag

ISBN 978-3-95721-449-2

› **Heft 6: Abschied vom Osten?
Die Linke nach der Bundestagswahl 2017**

Jürgen P. Lang

ISBN 978-3-95721-450-8

**Heft 7: Bündnis 90/Die Grünen im Wechselbad zwischen
Regierungsbeteiligung und kleinster Oppositionspartei**

Ulrich Eith und Jacqueline Meier

ISBN 978-3-95721-451-5

